

mo

SOS
Mitmensch

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 73

**PREKÄRE LAGE
ALLEIN-
ERZIEHER:INNEN**

**IM GESPRÄCH
KARL ÖLLINGER ZUR
RADIKALISIERTEN FPÖ**



DOSSIER:

ARMES ÖSTERREICH

KOLPORTAGE DAVON 1,50
EURO
3,00€

Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg

SOS
Mitmensch

JETZT SPENDEN!
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAAWXXX

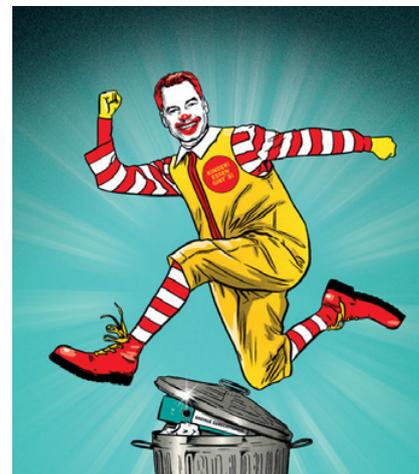


Illustration: P.M. Hoffmann

Wer sich keine warme Mahlzeit leisten kann, solle doch einfach zum Fastfood-Burger greifen. Bundeskanzler Karl Nehammer ließ mit seinem Sager tief blicken.

A Liebe Leserin
Lieber Leser

Armes Österreich – der Titel dieser Ausgabe spielt nicht nur auf unser Dossier-Thema an. Ein Armutszeugnis ist es auch, wie höchst-rangige Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen hierzulande über armutsbetroffene Menschen sprechen (und denken). Von Armut sind in Österreich viele betroffen bzw. gefährdet: 17,5% der Bevölkerung – 1.555.000 Menschen! – waren laut Statistik Austria 2022 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (Gefährdungsschwelle: 1.392 Euro pro Monat für eine Person). Die hohe Inflation und Teuerungswelle seither schlagen sich da noch gar nicht nieder.

Armut bedeutet, sich keine neue Waschmaschine kaufen zu können, wenn die alte kaputt wird. Es bedeutet, kein winterfestes Paar Schuhe zu haben. Nicht mehr auf Ausflüge mit Freund:innen mitzufahren. Oder eben nicht zu wissen, wie man die gesunde Mahlzeit zahlen kann, wenn Wohnungs- und Energiekosten in die Höhe schießen. Es ist höchste Zeit, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Denn Armut kann jeden treffen. Davon zeugen die Beiträge unseres Dossiers zu Alleinerzieherinnen, Kriegsvertriebenen aus der Ukraine oder Menschen, die durch verschiedene Schicksalsschläge ihr Zuhause verlieren. Wir servieren Ihnen außerdem ein Interview mit Karl Öllinger, einen Gastkommentar von biber-Chefredakteurin Aleksandra Tulej und vieles mehr.

Eine empathische Lektüre und jeden Tag eine warme Mahlzeit auf dem Tisch wünscht Ihnen

Milena Österreicher, Chefredakteurin

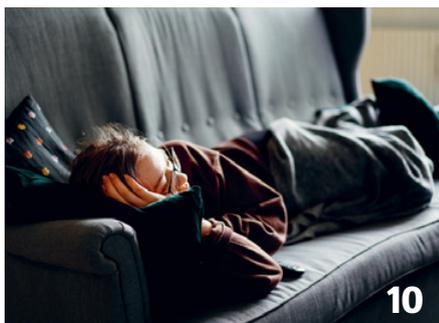


Foto: Adrian Swancar, Unsplash



Illustration: P.M. Hoffmann

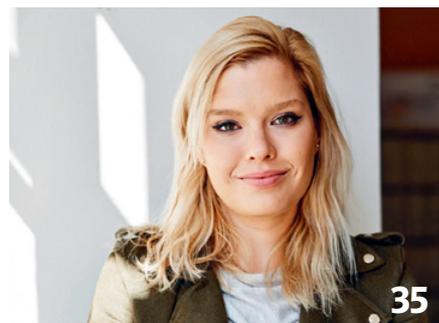


Foto: Zoe Opratko

Einstieg

2 CARTOON

MO und die Burger-Fans.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT ...

... bei Angela Ivezic, warum alleinerziehende EU-Bürger:innen in Österreich in eine prekäre Lage rutschen.

7 HANDLUNGSBEDARF

Türen des Hasses wieder schließen.

8 SOS MITMENSCH: NEWS

Ukraine-Geflüchteten fehlt Perspektive / Kritik an Leerstellen im Integrationsbericht / Anstieg an Attacken auf jüdisches Leben / Mehrere Kinder von Abschiebung bedroht

DOSSIER: Armut

10 WARUM MAMA IM WOHNZIMMER SCHLÄFT

Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden ist armuts- oder ausgrenzungsgefährdet und wird damit alleingelassen.

14 LASST UNS LAUT WERDEN

Ein Kommentar von Armutsaktivistin Daniela Brodesser.

16 „ICH KANN MIR NUR DAS NÖTIGSTE LEISTEN“

Geflüchtete Ukrainer:innen leben am Existenzminimum.

18 WER NICHT GENUG VERDIENT, GEHÖRT NICHT DAZU

Um die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen, muss vor allem das Einkommen stimmen.

21 AKTIV GEGEN HUNGER

Die älteste und größte Tafel Österreichs kämpft seit 25 Jahren gegen Armut und Ressourcenverschwendung.

24 „ICH HÄTTE NIE GEDACHT, DASS MIR DAS EINMAL PASSIERT“

Rund 20.000 Menschen sind in Österreich obdach- oder wohnungslos. Was kann, was muss getan werden?

Welt

28 „HEUTE IST DIE FPÖ EINE RADIKALISIERTE PARTEI“

„Stoppt die Rechten“-Gründer Karl Öllinger im Gespräch.

32 IN DER WARTESCHLEIFE

Der lange Weg einer geflüchteten Frau.

35 IM AUFTRAG DER MIGRAS - BIBER MIT SCHARF.

biber-Chefredakteurin Aleksandra Tulej über das Aus.

36 EINSPRINGEN, WO DER STAAT VERSAGT

Interview mit einem österreichischen Seenotretter.

Rubriken

39 SERVUS ALAYKUM

Kolumne von Menerva Hammad: Liberté, Adé

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Ruinöse Trümmerhaufen und gebrochene Brücken

Philipp Sonderegger: Umhacken

Clara Akinyosoye: Von Gutmenschen und Putin-Verstehern

42 DOSSIERMEDIEN

Homeless / Alle_Zeit

43 MEDIEN

Ducks / Gut integriert / Die Insel / Eine Blume ohne Wurzeln / Afrika ist kein Land / Tag für Tag aktiv gegen Rassismus

46 ANDERE ÜBER ...

Kommentar: Eser Akbaba über die Rufe nach neuen „Gastarbeitern“.

Jetzt Menschen in Not helfen.

In der Adventzeit schenkt dm 2.000 Obdachlosen in ganz Österreich ein Bio-Festessen und unterstützt Menschen in Notsituationen. Helfen Sie mit und spenden Sie 5€ an der dm Kassa.

Für eine bessere Welt.
{MITEINANDER}

dm-miteinander.at

In freundlicher
Zusammenarbeit mit



Stிக்கarte*

zu jeder

5€

Spende!

* In allen österreichischen dm Filialen
erhältlich – solange der Vorrat reicht.



HIER BIN ICH MENSCH
HIER KAUF ICH EIN

NACHGEFRAGT

Wo sich die Katze in den Schwanz beißt

Alleinerziehende erwerbstätige EU- und EWR-Bürgerinnen kommen in Österreich schnell in eine prekäre Lage. Wo der Haken liegt und wer agieren muss, erklärt Angela Ivezić, Projektleiterin der arbeitsmarktpolitischen Frauenberatung des Beratungszentrums für Migranten und Migrantinnen in Wien.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

Immer wieder wenden sich Frauen aus EWR-Ländern, die keine Familienbeihilfe und kein Kinderbetreuungsgeld bekommen, an Ihr Beratungszentrum. Wo liegt das Problem?

Für das Kinderbetreuungsgeld muss zuvor Familienbeihilfe gewährt werden. Für diese verlangt das Finanzamt obligatorisch für die Mutter und das Kind die aufenthaltsrechtlichen Dokumente, denn europäische Staatsbürger:innen, die sich länger als vier Monate in Österreich aufhalten, sollen bei den Behörden eine Anmeldebescheinigung beantragen. Es braucht einen legitimen Grund, wie Job oder Studium, warum man länger hierbleiben möchte. Nun braucht also auch das neugeborene Kind eine Anmeldebescheinigung, da es die Staatsbürgerschaft der Mutter erhält. Die Dokumentation wird aber nicht ausgestellt, denn die Frau ist in den Augen der Behörden in der Karenzzeit offiziell keine Arbeitnehmerin mehr und der Aufenthaltzweck erlischt. Das Magistrat für Einwanderung und Staatsbürgerschaft (MA 35) verlangt für die Anmeldebescheinigung von den Müttern einen Einkommensnachweis. Das Einkommen wäre eigentlich das Kinderbetreuungsgeld und die Familienbei-



hilfe. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

Kurz zusammengefasst: Für die Beihilfen braucht es den aufrechten Aufenthalt und für diesen braucht es wiederum die Beihilfen, die in der Karenzzeit als Einkommen gelten?

Ja. Es besteht so auch kein Krankenversicherungsschutz. So wird es zu einem Teufelskreis aus fehlendem Einkommen und fehlender Krankenversicherung. Alleinerziehende trifft das besonders, da bei ihnen kein Partner mit dem Einkommen einspringen kann.

Wie viele sind davon betroffen?

Es gibt österreichweit keine genauen Zahlen. Allein zu uns in die Beratung

kommen seit Jahren immer wieder mehrere Frauen. Das Absurde ist, dass es Frauen betrifft, die gearbeitet haben – was ja immer verlangt wird von Menschen, die nach Österreich kommen –, und dann aus einem Dienstverhältnis in die Karenz gehen. Das Einzige, was sie sich zuschulden kommen haben lassen, ist, ein Baby bekommen zu haben.

Was muss geändert werden?

Das Finanzamt könnte die Familienbeihilfe gewähren und später überprüfen, ob sie zu Recht zugesprochen wurde. Man könnte später mit Bescheid vorgehen und die Beihilfe zurückfordern, sollte sie der Person nicht zugestanden haben. Aber man sollte Frauen nicht in prekäre Situationen befördern und sie zwingen, an Beziehungen festzuhalten, die sie womöglich nicht mehr möchten oder in denen es zu Gewalt kommt.

Was ist inzwischen die Lösung für die Betroffenen, um aus dieser Situation herauszukommen?

Momentan eigentlich nur, nach dem Mutterschutz sofort wieder arbeiten zu gehen. Wie das alleinstehend mit einem neugeborenen Kind gehen soll, weiß ich auch nicht.

HANDLUNGSBEDARF

Türen des Hasses wieder schließen

Der auch nach Österreich ausstrahlende Nahostkonflikt zeigt, wie schnell sich die Türen zu einer explosiven Stimmung öffnen können. Wie kriegen wir diese Türen wieder zu?

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Der Nahostkonflikt lädt wie kaum ein anderer internationaler Konflikt dazu ein, sich zu identifizieren, nicht nur ein bisschen, sondern sehr stark, im Extremfall sogar total. Totale Identifikation bedeutet, dass man alle anderen Perspektiven komplett ausblendet, dass man nur noch Meinungen und Informationen aufnimmt, die die eigene Perspektive stützen und diese immer weiter verstärken und verengen. Totale Identifikation verunmöglicht das Verstehen. Verstehen etwa, dass es sowohl Leute gibt, die mit einer palästinensischen Flagge Hoffnung, Selbstbestimmung und Solidarität verbinden, als auch Leute, die die gleiche Flagge als Symbol für mörderischen Terrorismus und Vernichtungswünsche gegen Israel sehen. Verstehen, dass die israelische Flagge von den einen als Symbol des Überlebens von Juden und für den demokratischsten Staat im Nahen Osten gelesen wird, und von anderen als Symbol von Unterdrückungsherrschaft und von Bombardierungen mit vielen zivilen Opfern.

Unterschiedliche Lesarten und Perspektiven zu kennen und zu verstehen, ist wichtig, um Eskalation zu verhindern. Zwar sind die Menschen, die zu einer

radikalen Form der totalen Identifikation neigen, in der Minderheit, aber von ihnen geht eine zweifache Gefahr aus: Dass sie andere mitreißen, weil sie einfordern, dass man sich auf eine Seite stellt, und nur auf eine Seite. Und dass, wenn sich ihre totale Identifikation mit einem Gefühl der Marginalisierung und der Ohnmacht verbindet, sie versucht sein können, sich durch gewalttätige Übergriffe Momente des Machtgefühls verschaffen zu wollen.

Wie also soll eine demokratische Gesellschaft mit einer hochemotionalen Stimmungslage und ihren Gefahren umgehen? Demokratien sind nur dann Demokratien, wenn sie unterschiedlichen Perspektiven Raum geben, auch dann, wenn es sich um die Perspektiven von Minderheiten handelt, auch dann, wenn es umstrittene Perspektiven sind. Demokratien können aber nur dann Demokratien bleiben, wenn sie klare rote Eskalations-Linien markieren, die niemals überschritten werden dürfen.

Das Bejubeln von Massakern an der Zivilbevölkerung ist eine rote Linie. Das Aufstacheln zu Hass ist eine rote Linie. Das kollektive Brandmarken von Menschen als Feindbilder auf Basis ihrer Herkunft oder Religionszugehörigkeit



Illustration: Petja Dimitrova

ist eine rote Linie. Und jegliche Form von Aufforderung zu Übergriffen oder deren Durchführung sind dunkelrote Linien, gegen die sich eine Demokratie vehement wehren muss.

Der rapide Anstieg an dokumentierten antisemitischen und rassistischen Vorfällen in Österreich in den vergangenen Wochen muss alle Alarmsirenen schrillen lassen. Es müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Von Seiten der Sicherheitsbehörden. Aber auch in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, in denen Verstehen gefördert und Hass geächtet werden kann und soll.

Darüber hinaus muss die ausufernde Hasspropaganda in sozialen Netzwerken bekämpft werden. Als einen Schritt könnte die Bundesregierung Gelder zur Verfügung stellen, damit sich mehrere seriöse Medien zusammenschließen können, um gemeinsam ein mehrsprachiges Social Media-Projekt auf Kanälen wie TikTok und Instagram zu starten, damit hochemotionale Geschehnisse aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und erklärt werden. Es braucht dringend Konkurrenz zu den Influencer:innen, die Fake News- und Hasspropaganda streuen.

FLUCHT

Ukraine-Geflüchteten fehlt Perspektive

Aus der Ukraine nach Österreich geflüchtete Menschen haben noch immer keine langfristige Aufenthaltssicherheit! Ihr derzeitiger Vertriebenen-Status bietet nur kurzfristigen Schutz. Zudem sitzen viele in der Armutsfalle Grundversorgung fest. Die Folgen sind extrem prekäre Lebensbedingungen. Drei Viertel der Betroffenen sind Frauen mit Kindern. Der permanente Zustand der Unsicherheit und des Lebens weit unter der Armutsschwelle ist insbesondere für die Kinder unzumutbar. Problematisch ist zudem, dass viele geflüchtete Kinder Probleme beim altersadäquaten Zugang zu Bildung haben.

STAATSBÜRGERSCHAFT

Kritik an Leerstellen im Integrationsbericht

Im vergangenen Jahr hat der offizielle Integrations-Expert:innenrat der Bundesregierung erstmals die zu niedrige Einbürgerungsrate in Österreich kritisiert. Es wurden Verbesserungen gefordert. Doch im diesjährigen Integrationsbericht findet sich diese Forderung plötzlich nicht mehr, obwohl die Situation weiter an Dramatik zugenommen hat.

Auf Nachfrage von SOS Mitmensch kritisieren unabhängige Expert:innen diese Leerstelle im Integrationsbericht. Migrationsforscherin Judith Kohlenberger betont, dass Staatsbürgerschaft und Ein-



Dringender Handlungsbedarf der Politik für die Zukunft der Ukrainer:innen

SOS Mitmensch hat gemeinsam mit Geflüchteten, Helfer:innen und Expert:innen die Initiative „Zukunft Ukrainer:innen“ gestartet. Kernforderung ist die Gleichstellung der Rechte der Ukraine-Geflüchteten mit den Rechten von Asylberechtigten. Dadurch würden Betroffene Aufenthaltssicherheit und Zugang zur Sozialhilfe erhalten. Darüber hinaus würden ihnen dann sämtliche Unterstützungsangebote in Sachen Sprachförderung, Ausbil-

dungsplätze und Arbeitsmarktqualifizierung offenstehen.

Es ist verantwortungslos, dass sich die österreichische Politik bislang weigert, die auf dem Tisch liegende Lösung umzusetzen. Stattdessen liefern sich Regierungsmitglieder, allen voran die für Frauen und Integration zuständige Ministerin, ein beschämendes Hickhack auf dem Rücken der Betroffenen. Hier kann die Initiative unterstützt werden: www.zukunft-ukrainerinnen.at



Wieso sind die Staatsbürgerschafts-Forderungen aus dem Bericht verschwunden?

bürgerung zu den „großen Gegenwarts- und Zukunftsthemen unseres Landes“ gehören und „von der Politik prioritär behandelt werden sollten“. Die Politikwissenschaftlerin Sieglinde Rosenberger

maht „eine offene politische Diskussion über die Vor- und Nachteile, die Chancen und Risiken der aktuellen Einbürgerungspolitik“ ein. Jugendforscherin Natalia Wächter erklärt: „Beteiligungs- und Identifikationsmöglichkeiten sind notwendig für die Integration in die österreichische Gesellschaft – wie sonst soll „Integration“ erfolgen?“ Migrationsforscher Rainer Bauböck sieht dringenden Handlungsbedarf. Er ortet in der fehlenden Adressierung der ausschließenden Einbürgerungsbedingungen „ein gravierendes Manko des heurigen Integrationsberichts“.

ANTISEMITISMUS

Anstieg an Attacken auf jüdisches Leben in Österreich

Laut der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde ist die Anzahl der gemeldeten antisemitischen Vorfälle in den Tagen nach dem gezielten Hamas-Massaker an Zivilist:innen in Israel und dem Gegenangriff der israelischen Armee im Gazastreifen, der auch viele zivile Opfer forderte, um 300 Prozent angestiegen. Unter den gemeldeten Vorfällen waren das Einschlagen einer Fensterscheibe eines koscheren Lebensmittelgeschäfts, die Einschüchterung jüdischer Schulkinder durch terrorverherrlichende Aussagen von Gleichaltrigen sowie zahlreiche antisemitische Aussagen und Beschimpfungen in sozialen Netzwerken. Auf dem jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs wurde ein Brandanschlag verübt. SOS Mitmensch ruft Politik und Bevölkerung dazu auf, jede Form von Anti-



Mahnwache gegen Antisemitismus am Wiener Ballhausplatz

semitismus scharf zu verurteilen. Die jüdische Bevölkerung in Österreich muss gegen antisemitische Aktionen und Übergriffe geschützt werden. Internationale Konflikte, egal welcher Art, dürfen niemals als Vorwand für das Begehen von Verbrechen in Österreich genommen werden.

Genausowenig dürfen die Verbrechen der Hamas zur kollektiven negativen Abstempelung der muslimischen Bevölkerung in Österreich missbraucht werden. Beobachtungsstellen melden einen starken Anstieg an antimuslimisch-rassistischen Vorfällen. Sowohl antisemitische als auch rassistische Hassredner:innen müssen gesellschaftlich ins Abseits gestellt werden.

KINDERRECHTE

Erneut mehrere Kinder von Abschiebung bedroht

Wieder einmal müssen Kinder in Österreich Angst haben. Wieder einmal werden Kinderrechte mit Füßen getreten. In eindringlichen Appellen riefen Ende Oktober gleich in zwei Wiener Schulen die Mitschüler:innen und Lehrer:innen zur Verhinderung von Abschiebungen von Schulkindern auf. Eines der Kinder geht bereits seit 8 Jahren in Wien zur Schule. Ihr fehlt nur noch ein Jahr auf die Matura. Dennoch müssen sie und ihre Familie zittern, ob sie hierbleiben können. Ihnen droht die Abschiebung in den Irak. Ein zweiter Fall betrifft einen georgischen

Schüler, der 2018 mit seiner Familie zu Verwandten nach Wien kam, damit ihm mit seiner Leukämie-Erkrankung geholfen wird. Er ging zur Schule, fand Freund:innen, wurde Klassensprecher. Doch jetzt soll er zurück nach Georgien. Seine ganze Familie hat sich in Österreich ein neues Leben aufgebaut. Seine Geschwister werden aus Angst vor der Abschiebung von Panikattacken heimgesucht. Es ist Unrecht, Menschen, die längst hier angekommen sind, ohne Not aus ihrem Leben zu reißen. SOS Mitmensch unterstützt den Kampf gegen diese Abschiebungen!

„Aula“-Prozess erst im Jahr 2024

Aufgrund einer im Dezember 2018 eingereichten Anzeige von SOS Mitmensch wurde im Juni 2023 Anklage gegen den ehemaligen Chefredakteur der mit Neonazis sympathisierenden „Aula“ erhoben. Doch den Prozess wird es frühestens im Sommer 2024 geben. Bis dahin soll laut Gericht ein in Deutschland in Auftrag gegebenes Gutachten vorliegen.

FPÖ lehnt Aberkennung von Ehrenzeichen ab

Der Nationalrat hat eine Reform der Ehrenzeichengesetze beschlossen. Anlassfall war der Mitverfasser der nationalsozialistischen Rassengesetze Hans Globke, der 1956 den zweithöchsten Orden der Republik erhielt. Ihm kann nun postum das Ehrenzeichen entzogen werden. Als einzige Partei stimmte die FPÖ gegen die Gesetzesänderung.

Holt die Pass Egal Wahl an die Schule!

2024 ist Wahljahr! Fast 50.000 Schüler:innen werden aber wegen ihrer Staatsbürgerschaft nicht wählen dürfen. Deshalb hat SOS Mitmensch das Projekt „Pass Egal Wahl an Schulen“ entwickelt. Lehrer:innen werden dabei unterstützt, eine Pass Egal Wahl mit ihren Schüler:innen zu veranstalten. Melde jetzt Deine Schule unter www.passegalwahl.at an!



Schulen können sich jetzt zur Pass Egal Wahl anmelden



WARUM MAMA IM WOHNZIMMER SCHLÄFT

Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden in Österreich ist armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Sie sind unter den Erwerbstätigen die Gruppe mit höchster Armutsgefährdung, werden damit aber bis dato alleingelassen.

Text: Sophia Reiterer



„Ein-Eltern-Familien haben ein höheres Armutsgefährdungsrisiko als andere Familientypen“, erläutert Karin Heitzmann, außerordentliche Universitätsprofessorin an der Wirtschaftsuniversität Wien. In Österreich sind rund 52 Prozent der 270.000 Ein-Eltern-Haushalte armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 1.392 Euro monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt, bei einer Person mit einem Kind unter 14 Jahren beträgt sie 1.810 Euro.

MIT VOLLZEIT VEREINBARE KINDERBETREUUNG FEHLT. EIN DILEMMA FÜR ALLEINERZIEHENDE.

„In Österreich wird davon ausgegangen, dass die ökonomische Absicherung einer Familie in erster Linie über die Beteiligung beider Eltern am Erwerbsarbeitsmarkt erfolgt“, erklärt Heitzmann. Der Ein-Eltern-Familie fehlt aber ein Erwerbseinkommen. Wenn dieses wegfällt, helfe der Sozialstaat zwar mit Ersatzleistungen, die aber niemals so hoch ausfallen wie ein zweites Einkommen. Dass der Sozialstaat Armut durch Ersatzleistungen auffangen kann, zeigen die Zahlen. „Ohne Sozialleistungen wäre die Armutsquote von Ein-Eltern-Familien in etwa doppelt so hoch“, sagt Heitzmann. Allerdings ist es gar nicht so einfach, diese Sozialleistungen zu beziehen.

Eine Zeitfrage

„Alleinerziehende können nicht sechs Stunden Formulare ausfüllen und schauen, welche Fristen sie wann ein-

zuhalten haben“, meint die Geschäftsführerin der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende Doris Pettighofer dazu. Fragen wie „Welche Leistungen hängen an der Familienbeihilfe?“ oder „Wie mache ich einen Unterhaltsantrag bei Gericht?“ stellen Alleinerziehende vor große Herausforderungen. „Die Leistungen sind ja da, aber sie müssen optimiert werden“, sagt Pettighofer. Eine zentrale Forderung der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende ist, dass vor allem das Antragssystem endlich vereinfacht werden müsse. Zum Wegfall eines Einkommens kommt zusätzlich die Betreuung der Kinder. „Ein Elternteil muss dann den Bedarf oft allein decken“, berichtet die Geschäftsführerin der Plattform. Vollzeitarbeit geht sich aufgrund der Betreuungssituation nicht aus, mit einer Teilzeitstelle können die laufenden Kosten nicht gedeckt werden – ein Dilemma, das Alleinerziehende oft meistern müssen.

Die Situation für Alleinerzieher:innen müsste der Politik bekannt sein. Schon im Jahr 2011 waren knapp 30 Prozent der Alleinerziehenden in Österreich armutsgefährdet, heute sind es mehr als die Hälfte. Eine Anfrage des MO-Magazins an Familien- und Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) dazu blieb unbeantwortet. Flächendeckende Kinderbetreuungsplätze, die eine Vollzeitarbeit ermöglichen, fehlen bis heute an vielen Orten. Laut Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria waren im Kindergartenjahr 2022/2023 nur rund 47 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder in vollzeittauglicher Betreuung. Bei den unter Dreijährigen waren es nur 18 Prozent.

Warum Mama im Wohnzimmer schläft? Damit wir Kinder uns das zweite Zimmer in der 40-Quadratmeter-Wohnung teilen können. Abends wird die Ausziehcouch zum Bett, und morgens wieder zur Couch. Nach dem täglichen Umbau ist auch schon Zeit für Frühstück. Es ist Ende des Monats, die Cornflakes-Portionen fallen etwas kleiner als sonst aus. Mama denkt, wir merken das nicht.*)



In Österreich werde davon ausgegangen, dass die ökonomische Absicherung durch die Erwerbstätigkeit beider Elternteile erfolgt, erklärt Karin Heitzmann von der WU Wien.

Höhere Kosten

Kinder in Ein-Eltern-Haushalten kosten fast das Doppelte als in traditionellen Familien mit zwei Eltern, die im selben Haushalt leben. Dies ist ein zentrales Ergebnis aus der Kinderkostenstudie 2021, die von der Statistik Austria im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführt wurde. So kostet ein Kind in einem Zwei-Erwachsenen-Haushalt durchschnittlich 494 Euro pro Monat. In einem Ein-Erwachsenen-Haushalt kostet ein Kind hingegen 900 Euro, denn hier fallen Fixkosten wie die Miete oder Betriebskosten meist auf nur eine Person. „Es kommt also nicht nur auf das Einkommen an, sondern auch auf die Verteilung“, schließt Pettighofer.

Manchmal schläft Mama nachmittags beim Fernsehen ein. Sie ist müde, weil sie viel rechnen muss. Wenn wir im Bett sind, dann ist es kurz ruhig in der Wohnung. Diese Zeit nutzt Mama, um zum zügsten Mal einen Haushaltsplan aufzustellen, nur um zu merken, dass es sich hinten und vorn nicht ausgeht. Dann wird die Couch wieder zum Bett umfunktioniert und Mama versucht zu



Laut Doris Pettighofer, Geschäftsführerin der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende, formulieren Kinder in Alleinerzieher-Familien oft keine Wünsche mehr. Es gehe um das Heute.

schlafen. Alle zwei Wochen sind wir Kinder bei Papa. Das ist so abgemacht und das passt auch für alle. Papa zahlt Unterhalt, 300 Euro pro Kind pro Monat. Manchmal vergisst er es, da muss Mama ihn daran erinnern. Manchmal vergisst sie auch, ihn daran zu erinnern. Oder sie hat keine Kraft dazu.

Unterhaltszahlungen oder das Ausbleiben dieses Geldes sind oft der Hauptgrund für die Armut von Alleinerzieher:innen und ihrer Kin-

AUSBLEIBENDE UNTERHALTSZAHLUNGEN SIND OFT DER GRUND FÜR DIE ARMUT.

der. Andrea Czak, Gründerin und Obfrau vom Verein feministischer Alleinerzieherinnen (FEM.A) sieht im aktuell geltenden Unterhaltsrecht und Unterhaltsvorschussgesetz die Verantwortung dafür, dass viele Alleinerziehende von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung betroffen sind. „Die Sätze sind viel zu niedrig“, stellt Czak fest. Bei durchschnittlichen Kinderkosten von 900

Euro im Monat sind die rund 300 Euro Unterhalt deutlich zu wenig. Dies ist auch ein Ergebnis aus der Unterhaltsbefragung, die ebenfalls von der Statistik Austria im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführt wurde.

Zudem besagt die Studie, dass nur die Hälfte aller Unterhaltspflichtigen überhaupt Unterhalt zahlt. Wenn kein Unterhalt bezahlt wird, bekomme die Familie Czak zufolge Unterhaltsvorschuss, der im Schnitt 250 Euro pro Kind pro Monat beträgt. „36 Prozent der Kinder bekommen allerdings gar keine Zahlungen, auch keinen Unterhaltsvorschuss. Sie könnten durch eine Unterhaltsgarantie aus der Armut geholt werden“, erklärt Czak. Die Gründe sind vielschichtig: Der Vorschuss wird etwa nicht beantragt, weil viele nicht von ihrem Recht darauf wissen. Zudem muss eine Vereinbarung oder ein Gerichtsbeschluss vorliegen, damit der Vorschuss gewährt werden kann.

Frauensache

Fast 90 Prozent der Alleinerziehenden in Österreich sind Frauen. Andrea Czak ist selbst eine davon. „Durchs Alleinerziehen bin ich zur politischen Aktivistin geworden“, erzählt sie. Durch die schlechte Behandlung im Familienrecht wurde ihr schnell klar, dass sie Frauen helfen wollte, sich selbst zu ermächtigen. „Wir Frauen müssen derartig unangenehm und lästig sein, dass die Politik endlich was ändert und was macht“, stellt Czak fest. Da viele aber nicht die Kraft oder die Zeit dazu hätten, setzen sich Interessenvertretungen wie FEM.A für die Frauen ein.

Wichtig zu erwähnen ist aber auch, dass es nicht nur Ein-Eltern-Haushalte gibt, bei denen Vater und Mutter getrennt leben und ein Elternteil den Großteil der Erziehung übernimmt. Es gibt Patchwork-Familien, es gibt Familien, in denen ein Elternteil das Kind alleine mithilfe künstlicher Befruchtung bekommt, es gibt queere Familien und Familien, in

denen beide Elternteile getrennt leben und die Kinder gemeinsam erziehen. „Paarfamilien werden in der Gesetzgebung bevorteilt“, stellt Doris Pettighofer fest. Dies werde der Vielfalt an Familienformen nicht gerecht, die es in Österreich gibt. Deswegen fordere die Österreichische Plattform für Alleinerziehende eine Familienformen-Verträglichkeitsprüfung bei der Einführung neuer Gesetze, also ob Bestimmungen

ANDREA CZAK VON FEM.A: „36 PROZENT DER KINDER BEKOMMEN KEINE ZAHLUNGEN“

für verschiedene Familienformen taugen. Die wichtigste Frage dabei sollte sein: Funktioniert das Gesetz für die Kinder?

Politisch ist die Angelegenheit auch, wenn man Recht als Herrschaftsinstrument betrachtet, meint Andrea Czak: „Früher war die Justiz in Händen von Männern, heutzutage ist sie in den Händen rechtskonservativer Menschen.“ Die Gründerin von FEM.A be-



Durchs Alleinerziehen zur politischen Aktivistin geworden: Andrea Czak, Gründerin und Obfrau des Vereins Feministischer Alleinerzieherinnen (FEM.A).

fürchtet deshalb, dass feministische Gesichtspunkte in diesem Bereich nichts verloren hätten.

Mama hat Sorge, dass wir Kinder mitkriegen, dass wir arm sind. Am Wochenende machen wir als Familie manchmal

Die Geldfrage: Im Schnitt „kostet“ ein Kind in einem Alleinerziehenden-Haushalt 900 Euro im Monat, Unterhaltsvorschuss sind aber durchschnittlich nur rund 300 Euro.



Ausflüge zum See oder in den Park. Wir Kinder sind mit den wenigen Dingen zufrieden, die wir haben. Spontangeschenke oder Ausflüge ins Kino brauchen wir nicht.

„Kinder in Alleinerzieher-Familien sind nicht bescheiden, sondern ernüchtert“, stellt Doris Pettighofer fest. Sie formulierten Pettighofer zufolge oft keine Wünsche mehr ans Leben, weil es in der Familie immer nur darum gehe, die aktuelle Situation zu meistern. „Kinder bekommen sehr wohl mit, wenn mit ihren Eltern etwas nicht stimmt“, weiß Andrea Czak. „Sie entwickeln ein ganz feines Sensorium und verzichten dann oft von sich aus auf viele Dinge“, ergänzt sie. In Wirklichkeit seien sie aber beschämt durch die Armut, in der sie leben müssen. Hinzu kommt, dass ihnen durch die strukturelle Benachteiligung eine volle gesellschaftliche Teilhabe verwehrt wird. Wenn eine Schulprojektreise ansteht, die 1000 Euro pro Kind kostet, so können sich diese viele Alleinerzieher:innen nicht leisten. Wer kann, spart andersorts, bittet Verwandte und Bekannte um eine finanzielle Unterstützung oder stellt unzählige Ansuchen für Unterstützung. Alles wird versucht, um den eigenen Kindern eine volle Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Vielleicht hat Mama bald selbst ein Zimmer. Alle können dann auf der Couch fernsehen, bis ganz spät abends und danach in ihren eigenen Zimmern verschwinden.

**) Die Textstellen in Kursiv sind verdichtete und anonymisierte Erfahrungsberichte von alleinerziehenden Müttern, die von den interviewten Interessenvertreter:innen und von privaten Kontakten der Autorin geteilt wurden.*

Sophia Reiterer ist Doktorandin der Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg und Projektmitarbeiterin bei Wissenschaft und Kunst. Ihre Themen sind Ungleichheit, Gender, Cultural Studies und Intersektionalität.

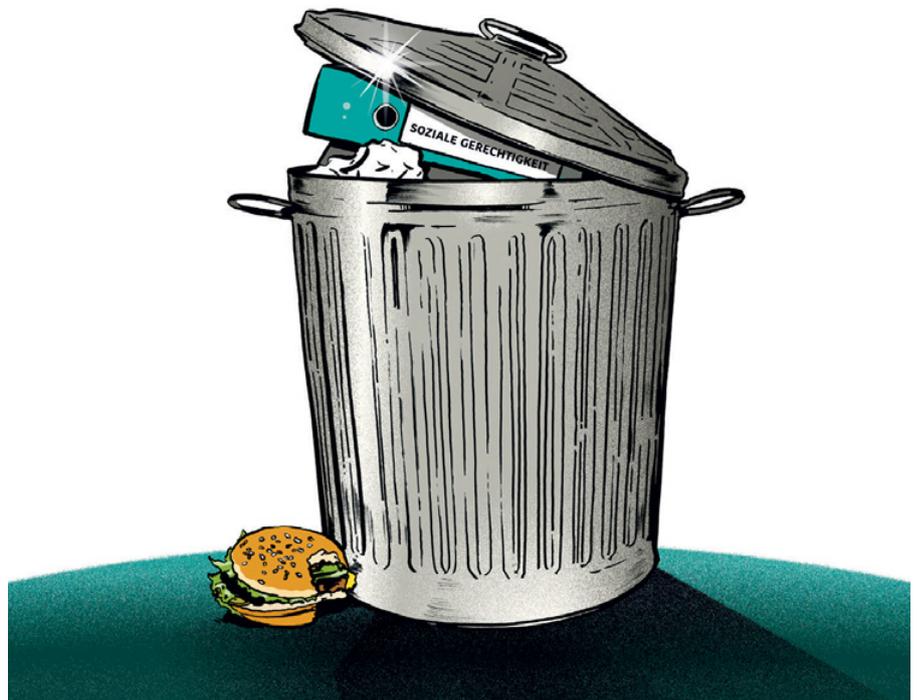
LASST UNS LAUT WERDEN

Armutsbetroffene werden beschämt – vom Bundeskanzler-Video bis hin zu Medienbeiträgen, wie denn noch mehr beim Kochen gespart werden könne. Dabei sollte eigentlich gelten: Armut bekämpfen, nicht die Armutsbetroffenen.

Gastkommentar: Daniela Brodesser

Menschenwürdig leben und behandelt werden: Eigentlich einer der fundamentalsten Grundsätze in einer Gesellschaft in einem der reichsten Länder dieser Erde. Eigentlich. Denn allzu gern vergessen wir dabei, wie mit jenen umgegangen wird, die am unteren Ende der Einkommensskala leben.

Das Burgervideo unseres Bundeskanzlers ist eine Ausnahme. Hier wurde wahrgenommen, wie der Blick auf Armutsbetroffene ist, wie über sie geredet wird. Die Aussage, kein Kind müsse hungern, denn schließlich gäbe es doch Burger um 1,70 Euro, eine warme Mahlzeit also, ist nur eine von vielen in den letzten Jahren. Eine, die zwar für viel Aufsehen gesorgt hat und Empörung, aber sich nahtlos einreicht in die zahllosen Abwertungen und Pauschalisierungen. Der Nachsatz der ÖVP einige Tage später, wenn Kinder hungrig zur Schule kommen, müsse man das Jugendamt informieren, damit man einen Blick darauf werfen kann, was da schief läuft, war für mich wesentlich heftiger. Er spült unverblümt an die Oberfläche,



Im Regierungsprogramm ist von Armutsbekämpfung die Rede. Davon sei momentan wenig zu sehen, meint Autorin und Armutsaktivistin Daniela Brodesser.

wie konservative Politiker:innen über uns denken: Nicht strukturelle Armut ist schuld an finanziellem Mangel, sondern die Unfähigkeit der Menschen, mit Geld umzugehen. Genau darauf zielt auch das Narrativ der „Eigenverantwortung“ ab. Jene, die es nicht schaffen,

auch in der letzten Woche des Monats genug Geld zu haben, um einkaufen oder unerwartete Zahlungen stemmen zu können, sind doch nur selbst schuld. Müssten doch nur besser haushalten. Bisschen mehr sparen, Geld nicht für Sinnloses ausgeben. Oder?

Umdenken gesucht

Armut ist strukturell bedingt. Sie nährt sich durch Bildungsungleichheit, durch fehlende Vereinbarkeit, mangelnde Infrastruktur, kaum noch leistbares Wohnen sowie die Tatsache, dass Betreuung, Care-Arbeit und Pflege noch immer vorwiegend von Frauen, und das hauptsächlich unbezahlt, geleistet werden. Armut ist kein individuelles Versagen, doch genau das will man uns seit Jahren einreden. Wer arm ist, liegt in der sozialen Hängematte, ist also nur zu faul oder zu bequem, um sich eine Arbeit zu suchen. Wer arm ist, weil chronisch krank oder pflegend oder betreuend, ist immer nur eine Ausnahme. Ein Härtefall. So wirds uns verkauft. Dabei kennt man die Zahlen, weiß, wer höchst armutsgefährdet ist, weiß um die Gründe, die Ursachen.

Eigentlich sollte man darauf vertrauen, dass Regierungen immer das Beste für die Gesellschaft wollen. Doch dann betrachten wir die Realität, in der rechte Politiker:innen noch mehr auf Spaltung und Fremdenhass setzen und eine konservative Regierungspartei alles daransetzt, das Narrativ der selbst verschuldeten Armen hochzuhalten. Und das in Zeiten von Teuerungen, wie sie die meisten von uns noch nicht erlebt haben.

Selbst ich war so naiv, zu Beginn der Inflation an ein Umdenken zu glauben. Daran, dass nun Armutsbekämpfung an oberster Stelle der Prioritäten stünde. Jene Armutsbekämpfung, die sich diese Regierung eigentlich in ihr Programm geschrieben hat. Halbierung bis zum Ende der Legislaturperiode. So stehts drin.

Nun wird uns gern erzählt, wie viel man bereits gegen Armut unternommen habe. Von Einmalzahlungen bis zu einem 60 Euro-Bonus (für Kinder bis Ende 2024, für Erwachsene wohl-

gemerkt nur bis Ende 2023). Von Unterstützung für Sozialmärkte bis zum Wohnschirm. Alles wichtig, doch all diese Maßnahmen sind keine Armutsbekämpfung. Sie sind eine minimale Linderung der Symptome, ändern aber nichts an den Ursachen.

Armutsbetroffene von morgen

Nachhaltige Armutsbekämpfung muss anders aussehen. Von Chancengleichheit für Kinder, für alle Kinder, egal, wie der ökonomische Hintergrund, über eine armutsfeste Mindestsicherung bis hin zu der Tatsache, dass weder eine Trennung noch eine Erkrankung in die Armut führen dürfen. Das wäre menschenwürdig. Und leistbar. Denn: Je mehr Menschen wir über die Armutsschwelle heben, desto weniger Folgekosten entstehen. Kinder, die jetzt

ARMUT KOMMT DURCH: TEURE MIETEN, BILDUNGSUNGLEICHHEIT, UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT

in Armut aufwachsen, sind die Armutsbetroffenen von morgen. Sie sind also jene, die dann entweder in prekären Jobs arbeiten oder auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Neben strukturellen Maßnahmen braucht es auch ein Ende der Beschämung. Als Armutsbetroffene zieht man sich sonst zurück und wird unsichtbar. Denn du erzählst deinen Nachbarn nicht, warum du dir gemeinsame Unternehmungen nicht mehr leisten kannst. Du erzählst auch nicht, dass sich ein Vollzeitjob nicht ausgeht, weil du den Spagat zwischen Arbeitszeiten und Kinderbetreuung nicht schaffst. Denn „die Cousine meiner Freundin schafft das auch locker“. Du willst dich nicht zum hundertsten Mal rechtfertigen. In der Zeitung liest du, dass Armut eigent-

lich nicht existent sei und wir nur jammern würden. Du scrollst in den sozialen Medien, aber irgendwann erträgst du die Kommentare darüber, wie man noch billiger kochen kann, nicht mehr. Und ziehst dich auch hier zurück. Keine Kraft dafür. Irgendwas wird schon dran sein, an den Aussagen. Sonst würden doch viele dagegen laut werden, oder?

Wir sind zu leise

Es wäre ein Anfang, würden wir jenen Menschen, die abwerten, die beschämen, die pauschalisieren, entschieden entgegentreten. Doch dazu braucht es vor allem Nichtbetroffene. Ihr, mit sozialen Kontakten, mit einer gewissen Sicherheit im Leben, mit Rückhalt. Euch braucht es. Steht auf, wenn ihr hört, man sei doch selbst schuld, andere würden schließlich dafür arbeiten, damit wir in der sozialen Hängematte liegen dürfen. Steht auf und werdet laut gegen diese Vorurteile. Werdet laut, damit die Narrative, die uns seit Jahren begleiten, endlich entkräftet werden. Wir sind leise. Zu leise. Weil uns die jahrelange Beschämung unsicher gemacht hat, weil sie uns sogar dazu gebracht hat, selbst an uns zu zweifeln. Genau das möchten gewisse Menschen mit ihren Narrativen bewirken. Genau das haben sie zu lange geschafft. Zeit, es gemeinsam zu ändern. Denn: Niemand wird mit dem Lebensziel Armut geboren.

Es wäre unsere Aufgabe als Gesellschaft, jenen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht genug Einkommen haben, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Ohne Vorurteile, ohne Abwertungen, ohne pauschale Vorbehalte. Stehen wir gemeinsam auf.

Daniela Brodesser ist Autorin („Armut“, Kreymayr & Scheriau, 2023) und Armutsaktivistin. Sie sensibilisiert als ehemals Armutsbetroffene in Workshops und Vorträgen für das Thema.

„ICH KANN MIR NUR DAS NÖTIGSTE LEISTEN“

Mehr als 90.000 Menschen sind in Österreich in der Grundversorgung untergebracht. Die größte Gruppe bilden dabei aus der Ukraine geflüchtete Menschen. Seit bald zwei Jahren bedeutet das für sie ein Leben am Existenzminimum.

Text: Naz Küçüktekin

Kateryna Bilinska ist für ihr neues Leben in Tirol dankbar. Sie ist dankbar, dass ihre Kinder Bildung genießen und ihrer sportlichen Ambition nachgehen können. Sie ist dankbar, dass sie eine eigene Wohnung haben und viele nette Menschen an ihrem neuen Wohnort kennengelernt haben. Vor allem ist sie dankbar dafür, dass sie und ihre zwei Kinder in Sicherheit, fernab von Krieg und Bomben leben können. Sie ist so dankbar, dass es ihr kaum etwas ausmacht, von nur ein paar Hundert Euro im Monat zu leben. „Natürlich ist es wenig Geld, aber dafür sind wir hier in Sicherheit“, beschreibt die 39-jährige Ukrainerin ihr Leben in der Grundversorgung. Mit Stand Jänner 2023 leben 92.929 Menschen in Österreich in der sogenannten Grundversorgung. Durch



Kateryna Bilinska kam mit ihren beiden Kindern nach Kriegsbeginn nach Österreich. „Wir dachten, dass wir nach ein paar Wochen wieder zurückkehren können“, erzählt die Ukrainerin.

diese wird seit 2004 hilfs- und schutzbedürftigen Fremden eine Basisversorgung gewährt. Anspruch haben Asylwerber:innen, subsidiär Schutzberechtigte, Asylberechtigte bis vier Monate nach der Anerkennung und Personen, die nicht abschiebbar sind.

Nur vorübergehender Aufenthalt

Eine besondere und derzeit auch die größte Gruppe an Menschen, die eine Grundversorgung erhalten, sind Geflüchtete aus der Ukraine. Ihnen wurde kurz nach Beginn des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine internationaler Schutz gewährt, wodurch ihnen Österreich ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht einräumte. Sofern sie aber nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, fallen sie in die Grundversorgung. Von 80.000 aus der Ukraine nach Österreich geflüchteten Menschen, wovon mehr als drei Viertel Frauen mit Kindern sind, befindet sich aktuell über die Hälfte in der Grundversorgung.

Die Leistungen dabei sind deutlich niedriger als etwa in der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe. In der Grundversorgung sind lediglich Unterbringung und Verpflegung sowie ein monatliches Taschengeld vorgesehen. Die Höhe kann von Bundesland zu Bundesland variieren. Zudem wurde 2023 auf Betreiben des Innenministeriums ein kompliziertes System der Zuverdienstgrenze eingeführt. Die Grenze an Zuverdienst wurde zwar erhöht, doch wird für jeden verdienten Euro anteilig die Grundversorgung gekürzt. Auch das ist je nach Bundesland unterschiedlich. Für Betroffene ist derzeit schwer nachvollziehbar, wie viel sie arbeiten dürfen, um keine Rückzahlungen zu haben bzw. das organisierte Grundversorgungsquartier verlassen zu müssen.



Bilinska besucht derzeit einen Deutschkurs und muss mit rund 1100 Euro monatlich auskommen.

Normalzustand gesucht

Im Fall von Kateryna Bilinska in Tirol setzt sich das Geld, das ihr monatlich zur Verfügung steht, folgendermaßen zusammen: Circa 400 Euro bekommt sie für sich und ihre zwei Kinder aus der Grundversorgung. Für ihre beiden Kinder bekommt sie jeweils noch um die 200 Euro Kinderbetreuungsgeld. 300 Euro stehen ihr als Mietkostenzuschuss

DIE FAMILIE VERFOLGT AKTIONEN IM SUPERMARKT UND VERSUCHT, GEBRAUCHTE KLEIDUNG ZU BEKOMMEN.

zu. Denn Bilinska ist wie mittlerweile viele Ukrainer:innen in privaten Unterkünften untergebracht.

„Ich kam ursprünglich nach Tirol, weil wir hier Freunde hatten. Damals dachten wir auch, dass wir nach ein paar Wochen wieder zurückkehren würden“, erzählt sie. Als das doch nicht passierte, zogen die 39-Jährige und ihre Kinder zuerst in ein Quartier nach Innsbruck, danach in eines in Imst. „Das Leben in den Quartieren war aber sehr schwierig. Das Essen war zum Beispiel oft nicht kindergerecht und wir mussten uns auch ein Zimmer mit anderen teilen“, sagt sie. Gerade für ihre Kinder

wollte sie einen geregelten Alltag und mehr Privatsphäre. Erst seitdem sie ihr eigenes Heim haben, sei erstmals wieder ein Normalzustand für sie eingetreten. „Und ich hatte Glück, eine möblierte Wohnung für 500 Euro im Monat zu finden“, so die zweifache Mutter. Doch wie kommt sie mit dem wenigen Geld über die Runden?

„Muss gerade so leben“

„Es ist natürlich nicht genug Geld“, antwortet Bilinska, die in Odessa, wo sie vor dem Krieg lebte, ein Reisebüro leitete. Nun verfolgt sie Aktionen in Supermärkten sehr genau, versucht Kleidung über Plattformen wie willhaben oder Hilfsorganisationen zu bekommen. „Beim Roten Kreuz gibt es auch alle zwei Wochen Lebensmittel zu holen. Die sind nicht immer gut, aber manchmal schon“, erzählt sie. „Ich kann mir nur das Nötigste leisten. Aber ich muss gerade so leben. Ich bin in einem anderen Land, ich verstehe das auch. Meine Kinder zum Glück auch“, fügt sie noch hinzu.

Am liebsten würde sie arbeiten, um mehr Geld zu verdienen. „Aber ich kann noch nicht so gut Deutsch. Ich besuche aktuell einen Kurs. Außerdem weiß ich nicht, wie ich mich dann um meine Kinder kümmern soll“, beschreibt sie ihre schwierige Situation, bevor sie diese im gleichen Satz schon wieder relativiert. „Aber es geht ja nicht nur mir so. Vielen Ukrainern, gerade denen mit Kindern, geht es ähnlich“, sagt sie.

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber-Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.

WER NICHT GENUG VERDIENT, GEHÖRT NICHT DAZU

Um die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen zu können, muss vor allem das Einkommen stimmen. Armutsbetroffene oder davon gefährdete Personen werden damit ganz bewusst außen vor gelassen.

Text: Naz Küçüktekin

Rund 1,7 Millionen Menschen. 19 Prozent der österreichischen Bevölkerung. So groß ist die Anzahl der Gruppe an Menschen, die in Österreich leben, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Und dieser Ausschluss kann zu Armutsgefährdung führen.

„Mir sind zwar keine Studien bekannt, die einen direkten Zusammenhang darlegen“, sagt Franjo Marković, Referent in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der Arbeiterkammer Wien mit Schwerpunkt Migrations- und Integrationspolitik, „aber wir wissen von den allgemeinen Problemen, die viele Menschen mit Migrationsgeschichten haben, zum Beispiel, dass sie vermehrt in prekären Arbeitssituationen landen.“

Auch für die Politolog:innen Tamara Ehs und Gerd Valchars ist zur Beantwortung der Frage, warum Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft im Durchschnitt öfter armutsgefährdet sind, zentral, sich anzuschauen, wer

**ALLEINERZIEHERIN AMINA
MÜSSTE EIN
NETTOEINKOMMEN
VON 1.625,71 EURO HABEN.**

denn alles in diese Gruppe fällt. „Dann sieht man nämlich eine Strukturierung nach Klassen“, erklärt Ehs. Es sei eine Frage von Geld haben oder kein Geld haben. „Wir sehen etwa in Wien, dass nur sechs Prozent der öffentlich Bediensteten nicht wahlberechtigt sind,

also keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Bei den Angestellten sind es um die 25 Prozent. Bei den Arbeiter:innen sind es 60 Prozent“, sagt die Politikwissenschaftlerin.

Staatsbürgerschaft nur mit Geld

Gerd Valchars formuliert es ähnlich: „Das ist kein Querschnitt durch die Bevölkerung, sondern hier sind bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel Personen mit Fluchterfahrung, überrepräsentiert.“ Personen, die ein geringes Einkommen haben, sollen demnach nicht Österreicher:innen durch Einbürgerung werden. „Das ist die Idee des aktuellen österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts“, erklärt Valchars. Wer nicht genug verdient, gehört nicht dazu.



Wenn man keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, kann das ein Nachteil am Arbeitsmarkt sein. Manche Berufe sind überhaupt nur mit dieser Staatsbürgerschaft in Österreich möglich.

Das liege laut der drei Expert:innen vor allem an den hohen finanziellen Anforderungen, die eine österreichische Staatsbürgerschaft mit sich bringt. Neben einmaligen Kosten ist diese nämlich auch mit einer Einkommensgrenze verbunden, die für viele unerreichbar ist. Franjo Marković, Referent in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der Arbeiterkammer Wien, verdeutlicht das mit folgendem Beispiel: Amina ist alleinerziehende Mutter von zwei Kindern und arbeitet Teilzeit im Handel. Sie verdient durch diese Arbeit monatlich 1.190 Euro netto. Zusätzlich zur Familienbeihilfe in Höhe von 287 Euro steht

ihr ein Kindesunterhalt in Höhe von 300 Euro pro Kind zur Verfügung. Die monatliche Miete für die Wohnung beträgt 700 Euro, die monatliche Kreditrate 100 Euro. Nach Abzug der Aufwendungen muss die Familie ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen in Höhe von 1.625,71 Euro nachweisen. Diese Familie hat keine Chance auf die österreichische Staatsbürgerschaft, denn ihr bleiben monatlich nur 1.277 Euro über.

Frauen besonders betroffen

Das Beispiel verdeutlicht, dass Frauen nochmals stärker betroffen sind. Teil-

zeitfalle sowie Gender Pay Gap sind hier zentrale Stichworte. „Frauen arbeiten öfter in Teilzeit, oft in sogenannten Frauenberufen, die schlechter bezahlt werden. Sie werden dadurch de facto von vornherein von einer Staatsbürgerschaft ausgeschlossen“, erklärt Franjo Marković.

Auch könne wiederum das nicht Vorhandensein einer Staatsbürgerschaft am Arbeitsmarkt negative Auswirkungen haben. Manche Berufe, wie etwa Richter:in oder Polizist:in, sind überhaupt nur mit einer Staatsbürgerschaft

OHNE ÖSTERREICHISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT BLEIBEN GEWISSE LEISTUNGEN VERSPERRT.

möglich. „Wer die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem er oder sie lebt, hat, hat bessere Chancen, sich selbst am Arbeitsmarkt, aber auch im Bildungsbereich zu verwirklichen. Und wer höhere Bildungsabschlüsse hat, ist weniger oft arbeitslos und hat Berufe mit höherem Einkommen“, sagt Politologe Gerd Valchars.

Außerdem betont Valchars, dass eine Staatsbürgerschaft Zugang zu bestimmten Leistungen bietet, die ohne sie versperrt bleiben. So standen Kärnten und Oberösterreich zuletzt in der Kritik, weil sie Drittstaatsangehörige, wie Ukrainer:innen, die großteils in privaten Unterkünften wohnen, vom Energiebonus ausschlossen. Zuvor gab es einen ähnlichen Sachverhalt in Bezug auf den Wohn- und Heizkostenzuschuss in Niederösterreich. „Und das erzeugt oder verstärkt natürlich die Armutgefährdung. Auch muss man dazu sagen, dass es hier zwar über die Unionsbürgerschaft der EU einen relativ guten



Frauen sind besonders vom Ausschluss betroffen, so Franjo Marković von der AK Wien.



Einkommensschwächere Gruppen haben oft nicht die österreichische Staatsbürgerschaft und können somit auch nicht wählen. Ein demokratiepolitisches Problem, sagt Politologin Tamara Ehs.

Zugang zu sozialen Rechten gibt, Drittstaatsangehörige da aber nicht gleichermaßen erfasst sind und erst ab einer längeren Aufenthaltsdauer Anspruch erhalten“, erklärt der Politikwissenschaftler. Ein Beispiel, das Arbeitsmarkt- und Integrationsexperte Marković noch einwirft, ist die oftmals langwierige Feststellung des Aufenthaltsstatus von ausländischen Staatsbürger:innen, wenn es um Sozialleistungen wie Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe geht. „Wir haben in unserer Beratung oft Mütter, die Probleme mit dem Kinderbetreuungsgeld haben. Denn um dieses zu bekommen, muss man auch bei der Krankenkasse einen rechtmäßigen Aufenthalt nachweisen. Das dauert oft sehr lange“, erzählt er. Marković berichtet von Fällen, wo er gemeinsam mit Betroffenen ein Jahr lang um das Kinderbetreuungsgeld kämpfte. „In diesem Zeitraum bekommen sie aber kein Geld, was natürlich auch die Armutgefährdung verstärken kann“, sagt der Experte. Dieses Problem betreffe sowohl EU-Bürger:innen als auch Drittstaatsangehörige.

Deutsche Reform als Vorbild

Auf die Frage, ob es Beispiele in der Europäischen Union gebe, die das Thema Staatsbürgerschaft besser handhaben, antwortet Gerd Valchars nüchtern mit einem: „Ja, so ziemlich alle anderen“. Ein Beispiel sei Deutschland. Dort ist eine Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes, das einen schnelleren Zugang zur Staatsbürgerschaft sowie Doppel-

POLITOLOGE VALCHARS: „FAST ALLE ANDEREN EU-STAATEN HABEN EIN BESSERES MODELL“

staatsbürgerschaften ermöglicht, derzeit Gegenstand parlamentarischer Verhandlungen. Der Entwurf der Koalitionspartner würde auch vorsehen, dass Kinder nicht-deutscher Eltern, die in Deutschland geboren sind, direkt eine deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, sofern ein Elternteil schon seit fünf Jahren in dem Land lebt, statt wie aktuell erst nach acht Jahren. In Österreich existiert derzeit keine Form des sogenannten „ius soli“. Das hat zur Folge,

dass der Anteil der in Österreich geborenen Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft immer größer wird. Für Politologin Tamara Ehs ist diese sowie die allgemeine Entwicklung in puncto Staatsbürgerschaft, auch auf einer demokratiepolitischen Ebene problematisch. „Denn wir sehen, dass vor allem die Arbeiterschaft, also Handwerker:innen, Pfleger:innen oder Reinigungspersonal, nicht wahlberechtigt ist. Das heißt dann auch, dass die Interessen einer ärmeren Gruppe überhaupt nicht entsprechend in unseren Landtagen und Parlamenten vertreten sind.“ Die Schere, wie sich das Wahlvolk und die tatsächliche Bevölkerung zusammensetzen, gehe immer weiter auseinander. Auf der Strecke bleiben dabei, wie so oft, jene, die es sowieso schon schwer haben.

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.

AKTIV GEGEN DEN HUNGER

Aus der Wiener Tafel wurde Die Tafel Österreich. Die älteste und größte Tafel Österreichs kämpft seit 25 Jahren mit Lebensmittelrettung gegen Armut und Ressourcenverschwendung.

Text: Florian Gucher; Fotos: Thomas Topf



Nichts weiter als ein geliehener Kleintransporter für die Lieferware sowie viel Ausdauer und Engagement markieren den Beginn: Die Wiener Tafel wurde 1999 von vier Student:innen der Sozialakademie mit lediglich 5000 Schilling (360 Euro) Startkapital gegründet. Heute hat sie ein eigenes Logistikzentrum, ist am Großmarkt Wien mit einem kleinen und einem großen Tafelhaus vertreten, besitzt ein herausgeputztes Büro in der Simmeringer Hauptstraße und ist ihrer lokalen Verhaftung längst entwachsen. Seit wenigen Wochen tritt die gemeinnützige Organisation daher unter dem neuen Label „Die Tafel Österreich“ auf.

„Die Umbenennung ist in erster Linie Resultat einer sich schon länger abzeichnenden Entwicklung“, erklärt Geschäftsführerin Alexandra Gruber. Als Die Tafel Österreich blickt die karitative Organisation nun vermehrt

Die Tafel Österreich holt Lebensmittel von Partnernsorgern und liefert sie an Sozialeinrichtungen wie Frauenhäuser oder Unterkünfte für obdachlose Menschen aus.

über den Tellerrand. Sie stellt mehr Mitarbeiter:innen außerhalb von Wien ein und möchte sich allmählich ein Netz aufbauen, das ganz Österreich umfasst. Schon bisher gab es Kooperationen mit regionalen Tafeln sowie Aktionen mit der Caritas und dem Roten Kreuz. Seit 2016 geht sie als Foodbank-Mitglied auch Kooperationen mit Tafeln anderer Länder ein.

Anstieg an Armut und Verschwendung

Die Grundintention der Tafel Österreich ist schnell erklärt: Ihre Mission ist es, eine Brücke zwischen der Überfluss- und der Bedarfsgesellschaft zu schaffen. In anderen Worten: Die Tafel will gegen Hunger, steigende Armut und Lebensmittelverschwendung gleichermaßen vorgehen. Dafür holt sie die Lebensmittel von ihren Partnernsorgern ab



Lebensmittel retten, am Großmarkt schlichten, Waren sortieren und ausliefern: Rund 250 ehrenamtliche Mitarbeiter:innen halten Die Tafel Österreich am Laufen.

und bringt sie in ihr Verteilerzentrum. Obwohl die Armut auch in Österreich zunimmt, werden immer mehr wertvolle Nahrungsressourcen weggeworfen. Dabei gibt es genügend Menschen, die diese Lebensmittel gut gebrauchen können – allein in Österreich lebten laut Statistik Austria 2022 mehr als 17 Prozent der Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze.

Die Tafel erhält Lebensmittelspenden von Nahversorgern und Supermärkten. Sie übernimmt Obst und Gemüse an Wiener Märkten, führt Sammeltouren am Großmarkt in Inzersdorf durch. Eine Win-Win-Situation, ersparen sich die Geschäfte durch diese Kooperation doch die Entsorgungskosten der für sie überschüssigen Produkte.

In weiterer Folge werden, ganz dem internationalen, in den 1990er-Jahren vor allem in Frankreich und Deutschland etablierten Tafelmodell entsprechend, armutsbetroffene Menschen nicht un-

mittelbar auf der Straße, sondern über soziale Einrichtungen mit den Lebensmitteln beliefert.

Viel Engagement

In erster Linie lebt die Tafel von den derzeit gut 250 ehrenamtlichen Mitgliedern, die unterschiedliche Aufgaben und Arbeiten übernehmen. Freiwillige am Großmarkt schlichten und

DAS TAFEL-MODELL WURDE IN DEN 1990ERN IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH ETABLIERT.

sortieren die Ware, Fahrer:innen führen das Essen aus, Mitarbeiter:innen helfen in Rettung, Verteilung und Logistik mit. Dauer und Häufigkeit variieren. Die Tafel bietet Schulungen zu Themen wie Hygiene, Mindesthaltbarkeit und den Umgang mit Lebensmitteln an. Das Engagement reicht laut Geschäfts-

führerin von mehrmals wöchentlich bis ein paar Mal im Jahr.

Einer der Freiwilligen ist Johann G., der sich schon seit Längerem als Fahrer engagiert. „Ich bin stolz darauf, einen sozialen Beitrag für die Gesellschaft leisten zu können“, sagt er. Der ehemalige Busfahrer in Frühpension kann ohne das Fahren nicht leben. Mit seiner Arbeit bei der Wiener Tafel schlägt er so quasi zwei Fliegen mit einer Klappe. Wenn man ihn nach einem besonderen Erlebnis fragt, denkt er an eine Fahrt mit voller Ladung an Lindt-Osterhasen zurück: „Die waren noch ein halbes Jahr haltbar“, erzählt er.

Ebenso wichtig wie die Freiwilligen sind all die Partnerschaften, die der Verein für seine Belieferung von Warenspenden eingeht. Neben dem Verteilen von Essen über Sozialeinrichtungen möchte die Tafel auch gesellschaftliche Teilhabe für alle stärken. „Der kostenlose Bezug von Essen über Institutionen hat den Vorteil

für Menschen, dass sie zeitgleich auch andere soziale Hilfeleistungen wahrnehmen können“, erklärt Geschäftsführerin Alexandra Gruber. Sozialeinrichtungen verfügen über Sozialarbeiter:innen, die Betroffene mit ihren spezifischen Kompetenzen und Angeboten, etwa Beratung zu Wohnungs- und Arbeitslosigkeit unterstützen.

Das Angebot werde gut angenommen. „Feldstudien und Interviews zeigen: An Tagen, wo wir liefern, kommen Klient:innen häufiger in eine Tagesberatung und sind offener für Betreuung und Beratung“, berichtet die Geschäftsführerin der Tafel Österreich. So würde sich auch ein viel regelmäßigerer Turnus ergeben. „Uns ist es wichtig, durch kooperative Arbeit auf den sozialen Mehrwert zu setzen“, erklärt Gruber.

Steigende Nachfrage

Über 100 Einrichtungen – darunter Flüchtlingsunterkünfte, Obdachlosenheimen, Frauenhäuser und Mutterkindwohnheime – werden derzeit von der Tafel beliefert. Die Zahl der beziehenden Personen ist auf knapp 30.000 gestiegen.

Die Nachfrage hat sich durch Pandemie und Teuerung vervielfacht.



Heute braucht es Essenstafeln mehr denn je: Die Nachfrage hat sich in den letzten Jahren seit Covid-19 und der Teuerungswelle vervielfacht. War in Zeiten der Pandemie wegen Platzbeschränkungen und geschlossenen Einrichtungen noch ein zu erwartender Rückgang auf rund 18.000 beziehenden Menschen zu bemerken, explodieren die Ziffern nun geradezu. „Diese Tendenz zeichnet sich insbesondere bei der Ernährungsunsicherheit ab, die laut einer Studie von Statistik Austria innerhalb des letzten Jahres von 6% auf 9% angestiegen ist“, sagt Alexandra Gruber. Bei den Kindern sei diese Zahl noch höher. „Unser Ziel muss es sein, dass sie nicht mit leerem Magen auf der Schulbank sitzen. Menschen sind vor allem bei der Ernährung auf Hilfe angewiesen, hier wollen wir unseren Beitrag leisten“, berichtet Die Tafel Österreich-Geschäftsführerin.

RUND DREI TONNEN LEBENSMITTEL RETTET DER VEREIN TÄGLICH VOR ENTSORGUNG.

Dem Verein geht es neben dem Kampf gegen steigende Armut auch um Lebensmittelrettung im Sinne eines umwelt- und ressourcenschonenden Umgangs mit der Welt. Rund drei Tonnen Lebensmittel rettet der Verein täglich vor der Entsorgung.

Bei den Belieferungen selbst stehen zwar in erster Linie die Lebensmittel des täglichen Bedarfs im Fokus, hin und wieder gibt es aber auch sogenannte Überraschungspakete, um zusätzliche Freude zu bereiten, beispielsweise mit Kosmetikartikeln.

Veganes Angebot

Bei den Lebensmitteln steht gesunde Ernährung im Fokus, gerade weil es für armutsbetroffene Menschen oft schwer ist, sich hochwertige Produkte leisten zu können, was in einseitiger Ernährung und Mangelerscheinungen münden kann. Die Tafel Österreich setzt auch auf



Ernährungsunsicherheit ist gestiegen, sagt Geschäftsführerin Alexandra Gruber.

Trends: „Seit Neuestem haben wir vegane Ernährung im Angebot“, berichtet Alexandra Gruber, „wir schreiten aber auch in neue Felder vor, wie der Rettung von Fleischprodukten, gerade weil Fleisch aufgrund des Verbrauchsstatus sehr heikel sein kann.“

Laut Caritas kann sich eine halbe Million Menschen in Österreich nicht mehr angemessen ernähren. Auf der anderen Seite werden Lebensmittel tonnenweise weggeworfen. 157.000 Tonnen noch brauchbare oder gar vollverpackte Lebensmittel landen täglich laut Umwelt- und Klimaministerium im Restmüll. Das entspricht einem Wert von über einer Milliarde Euro. Die internationale Organisation Welthungerhilfe spricht von 931 Millionen Tonnen Essen, das jährlich weltweit weggeworfen wird, während 735 Millionen Menschen hungern müssen. Ohne Die Tafel Österreich wären es womöglich noch mehr.

Florian Gucher ist als Kunsthistoriker und freischaffender Redakteur tätig. Er schreibt u. a. für artmagazine.cc, gallerytalk.net, KULTUR-Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft, Kulturbericht Oberösterreich, komplex-Kulturmagazin sowie für die Kärntner Kulturzeitschrift DIE BRÜCKE.



Shades Tours-Guide Josef führt Interessierte durch die Wiener Innenstadt und erzählt vom Leben auf der Straße.

„ICH HÄTTE NIE GEDACHT, DASS MIR DAS EINMAL PASSIERT“

Knapp 20.000 Menschen sind in Österreich wohnungs- oder obdachlos. Hilfsorganisationen rechnen mit einem Anstieg der Zahlen in den kommenden Jahren. Was kann, was muss getan werden?

Text und Fotos: Milena Österreicher

Nennt mich Josef, Sepp oder Beppo, wie ihr wollts“, stellt sich unser Tourguide vor. Josef nimmt uns an diesem Herbsttag mit auf eine Führung der Organisation Shades Tours durch den ersten Bezirk. Perrine Schober gründete im Jahr 2015 die Organisation nach dem Vorbild ähnlicher Initiativen in London, Barcelona und Berlin. Ehemals obdachlose Menschen führen durch die Stadt und sprechen über das Leben auf der Straße. Der erste Stopp führt uns auf einen kleinen Platz im ersten Bezirk. Rund um uns Häuser. Schicke Einrichtung und Kronleuchter lassen sich in den Wohnungen erspähen. Durch eines der Fenster dringt laut klassische Musik. „Hier könnte ich mir nicht einmal einen Balkon leisten“, scherzt Josef. Früher sei dies ein beliebter Schlafplatz gewesen. Die Polizei ließ den Platz mehrmals räumen, Störung des öffentlichen Raumes.

Wohnungs- oder obdachlos

Laut Statistik Austria sind rund 20.000 Menschen in Österreich als obdach- oder wohnungslos registriert, mehr als die Hälfte der Betroffenen in Wien. Die Dunkelziffer wird höher geschätzt.

Obdachlos und wohnungslos ist nicht dasselbe. Obdachlos zu sein, bedeutet auf der Straße zu leben, in Notquartieren zu schlafen, kein fixes Obdach zu haben. „Das sind die Menschen, die im öffentlichen Raum gemeinhin als sichtbar obdachlose Menschen wahrgenommen werden“, erklärt mir Daniela Unterholzner in einem Telefonat. Sie ist Geschäftsführerin von neunerhaus, einer Sozialorganisation in Wien, die obdach- und wohnungslose Menschen unterstützt.

Wohnungslose Menschen sind hingegen jene, die in der Wohnungslosenhilfe Dienste in Anspruch nehmen, weil sie prekär wohnen, zum Beispiel ohne ein gesichertes Mietverhältnis oder in Wohnwägen – also in keiner Wohn-

form, die auf langfristiges Wohnen ausgelegt ist. Zudem gibt es versteckte Wohnungslosigkeit, die häufig bei Frauen vorkommt. Hier übernachten Betroffene kurz- oder langfristig bei Bekannten, ziehen zurück ins Elternhaus oder bleiben in Partnerschaften, die von Abhängigkeiten und Gewalt geprägt sind, um nicht auf der Straße zu landen. „Das sind Menschen, die im Stadtbild nicht auffallen und in keiner Statistik aufscheinen. Das ist wichtig, bei diesem Thema zu verstehen“, sagt Daniela Unterholzner.

Viele Gründe

Warum werden Menschen obdach- bzw. wohnungslos? Die eigene Firma geht pleite, der Partner ist gewalttätig, die Miete nicht mehr bezahlbar, eine chronische Erkrankung bricht aus, die Spielsucht dominiert den Alltag, Schulden häufen sich an, durch eine Scheidung ist das Zuhause weg, die Familie bricht den Kontakt ab. Gründe gibt es viele, treffen kann es alle.

Laut einer Befragung von Statistik Austria von 2022 durchlebten bereits sechs Prozent der erwachsenen Bevölkerung

in Österreich eine Phase der Wohnungslosigkeit. „So viele Menschen, die zu uns kommen, sagen: Ich hätte nie gedacht, dass mir das einmal passieren wird“, berichtet die neunerhaus-Geschäftsführerin.

Auch Tourguide Josef erzählt uns von dem Jahr, in dem seine Partnerin plötzlich verstarb. Nach dem Schicksalsschlag kam eine Phase der Arbeitslosigkeit. Später folgten zahlreiche Hilfsjobs als Staplerfahrer, Tapezierer, Aushilfskraft. „Das halbe Branchenbuch habe ich durch“, sagt er. Für eine eigene Wohnung reichte es nicht.

Josef schlief zunächst in Notschlafstellen. Eine psychische Belastung, denn zur ungewissen Frage, wo die nächste Nacht verbracht werden kann, kommen manchmal auch Aggressionen und Diebstähle unter den Bewohner:innen. In Österreich hat jedes Bundesland ein eigenes Sozialgesetz, dementsprechend auch unterschiedliche Regelungen für obdachlose Menschen. In Wien können Menschen ohne gemeldete Wohnadresse sich an das P7, das Wiener Service für Wohnungslose der Caritas, wenden. Dort bekommen sie eine Nächtigungs-

Rund 20.000 Menschen sind in Österreich offiziell obdach- oder wohnungslos, mehr als die Hälfte davon in Wien. Durch die Krisenjahre wird nun mit einem Anstieg der Zahlen gerechnet.



karte für eine Notschlafstelle. Zunächst jeweils für eine Nacht, später auch für einen längeren Zeitraum.

Nachwehen der Pandemie

Während der Covid-Pandemie ist die Zahl der obdach- oder wohnungslosen Menschen gesunken, da es unter anderem einen Delogierungsstopp gab. Die Krisen würden sich in der Wohnungslosenhilfe erst Jahre später abzeichnen, erklärt die neunerhaus-Geschäftsführerin Daniela Unterholzner. Zwischen dem Finanzkrisenjahr 2008 und 2013 ist die Zahl der registrierten Betroffenen um ein Drittel auf damals 25.000 Personen gestiegen. „Wir gehen davon aus, dass sich nun in den nächsten Jahren die Zahl wieder stark erhöhen wird“, vermutet Unterholzner. Die Wohnungslosigkeit sei in den letzten Jahren jünger, weiblicher und internationaler geworden.

Desto breiter die Schere zwischen realen Nettoeinkommen und den Wohn- und Mietkosten wird, desto höher die Wahrscheinlichkeit, aus dem System herauszufallen und auf Wohnungslosenhilfe angewiesen zu sein. Auch die Prekariisierung von Arbeitsverhältnissen trägt zur Lage bei. „Die Zahl könnte sich insgesamt wieder um ein Drittel erhöhen – je nachdem, wie mit der Krise auf politischer Ebene umgegangen wird“, sagt Daniela Unterholzner. Denn schon jetzt ist jede:r Fünfte in Österreich armutsgefährdet. Es müsse an den strukturellen Rahmenbedingungen geschraubt werden, vor allem leistbarer und zugänglicher Wohnraum geschaffen werden.

Tierische Begleiter

Auf unserer Tour gehen wir mit Josef weiter am Café Neko in der Blumenstockgasse vorbei. Dort haben fünf ehemalige Straßenkatzen ein vorübergehendes Zuhause gefunden und werden von Besucher:innen bewundert und gestreichelt. „Warum haben so viele obdachlose Menschen Haustiere bei sich?“, fragt Josef passend dazu in die Runde.



Mehr leistbaren Wohnraum fordert neunerhaus-Geschäftsführerin Daniela Unterholzner.

Gesellschaft, Sicherheit und Wärme lautet die richtige Antwort. In vielen Notschlafstellen sind Haustiere verboten, was mit ein Grund ist, warum manche es bevorzugen, im öffentlichen Raum zu schlafen.

WÄHREND DER PANDEMIE IST DIE ZAHL GESUNKEN, DA ES EINEN DELOGIERUNGSSTOPP GAB.

Wichtig ist ein Obdach mittlerweile allerdings auch geworden, um sich vor An- und Übergriffen zu schützen. Im vergangenen Sommer machten Attacken auf obdachlose Menschen in Wien Schlagzeilen. Ein Mann wurde in der Josefstadt mit dem Messer attackiert und erlag seinen Verletzungen. Ein anderer Mann wurde schlafend auf einer Parkbank am Handelskai erstochen. In der Leopoldstadt wurde eine Frau durch Stiche schwer verletzt.

Zuerst wohnen

Was kann gegen Obdachlosigkeit getan werden? „Zuerst eine eigene Wohnung und dann alles andere“, sagt Daniela Unterholzner. Die Organisation neunerhaus verfolgt seit 2012 gemeinsam

mit dem Fonds Soziales Wien das sogenannte Housing First-Prinzip. Privatsphäre, ein eigener Mietvertrag und individuelle Betreuung ermöglichen, sich ohne permanenten Stress auf die nächsten Schritte zu konzentrieren.

Dazu vermittelt neunerhaus mit dem eigen gegründeten Tochterunternehmen neunerimmo Betroffenen Wohnungen in ganz Wien. Die Mieter:innen werden je nach Wunsch und Bedarf von Sozialarbeiter:innen, Fachkräften für psychosoziale Gesundheit und Peers, die selbst Wohnungslosigkeit erlebt haben, unterstützt. „Das ist das unstigmatisierendste Modell. Ihr Nachbar oder Ihre Nachbarin könnte Klient:in von uns sein, Sie würden es nicht wissen“, sagt Unterholzner. Laut neunerhaus leben 93 Prozent der Menschen, die so eine Wohnung bekommen haben, nach drei Jahren weiterhin noch stabil darin.

Braucht jemand noch engmaschigere Betreuung, gibt es Zimmer in betreuten Wohnhäusern. Auch hier zahlen die Bewohner:innen eine leistbare Miete. Einziehen können Bezugsberechtigte, das heißt obdachlose Menschen, die 5 Jahre durchgängigen Wohnsitz in Wien oder zwei Jahre Arbeit in der Bundeshauptstadt vorweisen können. Um Nichtbezugsberechtigte kümmert sich die Vinzirast.

Die Stadt mal anders

Auch Josef wohnte zunächst in einem Zimmer der betreuten Wohnhäuser, bis letztes Jahr eine neunerhaus-Wohnung sein neues Zuhause wurde. Mit den Führungen bei Shades Tours verdient der Pensionist sich geringfügig etwas hinzu. „Außerdem macht's mir eine Freude“, sagt der Tourguide.

Unsere Tour beenden wir heute im Wiener Stadtpark. Die Dunkelheit ist bereits hereingebrochen, die Abendluft beginnt zu klirren. Josef raucht noch zusammen mit ein paar Teilnehmenden eine Zigarette und beantwortet letzte Fragen. „Machts es gut“, sagt Josef zum Abschied.



frauen* solidarität

feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek &
Dokumentation

Veranstaltungen
& Workshops

Zeitschrift &
Radio

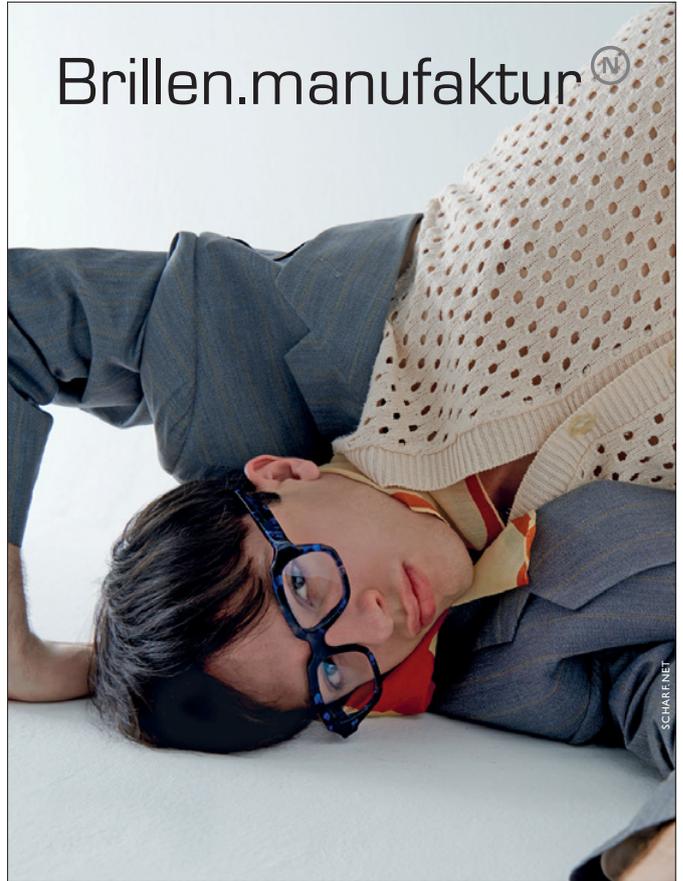
Blieben Sie informiert mit einem Abo!

Jahresabo: ab € 20,- in Print und
€ 15,- digital.

Bestellungen an:
abo@frauensolidaritaet.org
www.frauensolidaritaet.org



Brillen.manufaktur[®]



SCHARF.NET

Neubaugasse 18 | 1070 Wien | brillenmanufaktur.info



Jetzt das
MO
abonnieren!

Solidarität zeigen,
Qualitäts-
journalismus
genießen



Einfach MO-Soli-Abo bestellen unter:
www.momagazin.at





GEGEN RECHTS

„Heute ist die FPÖ eine radikalisierte Partei“

Die FPÖ liegt in Wahlumfragen seit geraumer Zeit an erster Stelle. Der ehemalige Grünen-Nationalratsabgeordnete Karl Öllinger im Gespräch über seine Plattform „Stoppt die Rechten“, zunehmende Waffenfunde in Österreich und warum die FPÖ noch mehr Aufmerksamkeit bräuchte.

INTERVIEW: CHRISTOF MACKINGER
FOTOS: KARIN WASNER

MO-Magazin: Herr Öllinger, warum haben Sie 2010 die Online-Plattform „Stoppt die Rechten“ gegründet?

Karl Öllinger: Unser Ziel war es, die antifaschistische Arbeit etwas zu systematisieren und eine tagesaktuelle Berichterstattung zu den Themen in der öffentlichen Aufmerksamkeit zu halten. Das ist mit viel Mühe gelungen. Man muss dazu sagen, es ist fast eine „never ending“-Story: Rechtsextreme Aktivitäten haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Für unser kleines Team ist das ein unglaublicher Arbeitsaufwand. Außerdem wollte ich damit versuchen, die antifaschistische Szene besser zu vernetzen.

Womit beschäftigt sich die Plattform?

Wir wollen uns eigentlich allen Bereichen widmen: Die Neue Rechte, Neonazismus und Rechtsextremismus, bis hin zu den immer deutlicher nach rechts kippenden Rechtskonservati-

ven. Etwas unterbelichtet sind bei uns sicher christlich-fundamentalistische Organisationen. Gut informiert sind wir im Bereich Burschenschaften, dem klassischen Rechtsextremismus, der in die Neonazi-Szene hineinmündet. Und natürlich ist auch die FPÖ ein immer stärker werdendes Thema für uns.

„Die Gewöhnung an das, was die FPÖ darstellt, ist schon sehr weit fortgeschritten“

War die FPÖ nicht schon immer ein Thema für Antifaschist:innen?

Ja, aber da wurde der Fehler gemacht, dass man die Partei schon in der Vergangenheit ganz eindeutig als rechtsextrem oder neonazistisch betitelt hatte und dadurch die qualitativen Änderungen, welche die FPÖ jetzt tatsächlich vornimmt – im ideologischen und personellen Bereich – nicht mehr wirklich

benennen kann. Ich war da immer eher vorsichtig. Für mich war die FPÖ eine rechte Partei mit rechtsextremen Merkmalen.

Mittlerweile ist die FPÖ eine deutlich rechtsextreme, rassistische Partei, in der „normale“ Rechte oder Rechtskonservative nur mehr wenig Platz finden. Heute ist die FPÖ eine radikalisierte Partei, die sich innerhalb weniger Jahre unter Herbert Kickl dem Rechtsextremismus mehr oder minder bedingungslos geöffnet hat. In der politischen Debatte wurde das von anderen Parteien bisher kaum beachtet. Erst jetzt, wo eine Wahl näher rückt, bekommt die FPÖ wieder mehr Aufmerksamkeit.

Die andere Seite aber ist, dass die Gewöhnung an das, was die FPÖ ausmacht und darstellt, schon sehr weit fortgeschritten ist. Andreas Mölzer hat schon in den 1990er-Jahren von einer „Umvolkung“ gesprochen. Heute heißt das bei der FPÖ „Der große Austausch“.

Aber die Verschwörungserzählung vom „großen Austausch“ hat doch die rechtsextreme Identitäre Bewegung ins Spiel gebracht ...

Ja, aber beide Begriffe verweisen auf ihre vermeintlichen Urheber. Bei den Identitären ist das etwas breiter angelegt, nicht mehr so deutlich in Richtung Juden und Jüdinnen, obwohl man sie damit meint. Bei der FPÖ hat eine Übernahme des ganzen völkischen Vokabulars stattgefunden, vom „Bevölkerungsaustausch“ über den „Great Reset“, bis hin zum „Tag X“, also den herbeigesehnten Zeitpunkt des Zusammenbruchs der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung. Herbert Kickl, der FPÖ-Chef, ist vorsichtiger und sagt sinngemäß: „Wenn wir kommen, wird abgerechnet.“ Das ist eine vornehme Umschreibung für den „Tag X“. Die Erzählungen werden also immer ähnlicher.

Sie gelten als einer der informiertesten Kenner der Neonazi-Szene Österreichs. Sehen Sie sich mit vielen Drohungen konfrontiert?

Auf Facebook wurde ich früher viel beschimpft. Mit vielen Tricks wurde versucht, mich fertigzumachen. Das hat abgenommen. Ich werte das als Indiz

dafür, dass sich die Rechtsextremen aus den offenen sozialen Medien wie Facebook & Co. eher zurückziehen und in Strukturen wechseln, wo sie nicht mehr die Auseinandersetzung suchen, wie auf Telegram.

Wie gelangt Ihr Team an all die Informationen?

Sehr viel Internetrecherche. Die Arbeit hat sich etwas erschwert. Früher gab es ein Online-Forum. Dort waren Neonazis und Rechtsextreme in allen Schattierungen auf einem Haufen beieinander. Heute beschäftigen wir uns fast ausschließlich mit sozialen Medien: Facebook, Telegram, Twitter ... Unsere größte Neuerung der letzten Jahre ist die Prozessbeobachtung in Kooperation mit der Initiative Prozessreport. Prozesse wegen NS-Wiederbetätigung haben in tagesaktuellen Medien quasi überhaupt keine Öffentlichkeit mehr gefunden. Damit ist die abschreckende Wirkung futsch, weil niemand davon erfährt. Heute wissen wir: Es gibt mehr Prozesse wegen NS-Wiederbetätigung, mehr beobachtete Prozesse und tendenziell auch mehr Freisprüche. So bekommt man jedenfalls auch Einblick, was in der Szene läuft.

„Die starke Zunahme von Waffenfunden ist wirklich erschreckend“, meint der ehemalige Grünen-Abgeordnete Karl Öllinger. Darunter sind auch Sprengmittel und funktionsfähige Kriegswaffen.



Wo ist der Rechtsextremismus in Österreich denn am gefährlichsten?

Vor zehn, fünfzehn Jahren hätte ich folgende Bereiche gesagt: Der Fußballplatz, die Musik und das Internet. Dort waren die Rechten sehr aktiv. Heute muss man dem Internet die sogenannten „alternativen Medien“ hinzufügen. Die systematische Medienarbeit, die gerade in Österreich stattfindet, ist wirklich ein sehr bedrohliches Phänomen. Das ist ein breites Spektrum mittlerweile von rechten und rechts-offenen – also Medien, die nicht rechtsextrem sind, aber entsprechenden Positionen Raum geben – bis hin zu offen rechtsextremen Medien. Da war die FPÖ weit vor den anderen Parteien aktiv. In diesen Bereich fließt viel Geld. Das hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass immer mehr Leute völlig abdrehen und in einer Parallelwelt leben.

Stichwort gefährlich: Ihre Initiative „Stoppt die Rechten“ führt eine Statistik zu Waffenfunden seit 2019 im rechten bzw. rechtsextremen Milieu in Österreich. Aktuell zählen wir 38 Fälle. Wie ist das einzuordnen?

Das ist eine erstaunliche Menge. Die starke Zunahme von Waffenfunden ist wirklich erschreckend. Vor allem, weil da einige Waffenfunde dabei sind, wo es um Sprengmittel oder sogar funktionsfähige Kriegswaffen geht, von Handgranaten bis zur Panzerabwehr. Die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Leute mit solchen Gerätschaften bei sich zu Hause durchdrehen und andere attackieren oder gar töten. Das ist sehr beunruhigend. Außerdem kann man davon ausgehen, dass nur ein Bruchteil der Waffen tatsächlich gefunden wird, durch Hausdurchsuchungen oder Zufallsfunde. „Stoppt die Rechten“ hat versucht, das zu dokumentieren. In dem Bereich fehlt es an der notwendigen Sensibilität auf allen Ebenen: Bei uns sind die Waffengesetze zu lax, sowohl was den Kauf als auch den Besitz angeht. An der Uni Heidelberg gab es 2022 einen Amoklauf.



Die Plattform „Stoppt die Rechten“ macht in Kooperation mit der Initiative Prozessreport Prozessbeobachtung. Es gebe mehr Prozesse wegen NS-Wiederbetätigung, doch die abschreckende Wirkung sei futsch, da tagesaktuelle Medien kaum darüber berichten, sagt Karl Öllinger.

Der Täter hat die Waffen in Österreich gekauft, weil es hier so einfach geht. Dazu kommt, dass die Strafen im Bereich von Kavaliersdelikten sind. Und dann noch die Benennung dieser Menschen in den Medien als „Waffennarren“. Das klingt, als wären das lustige Burschen, die sich da ein bisschen verrannt haben. Das sind aber Leute, die unzählige Waffen horten, natürlich nicht nur um sie zu bestaunen. Wir stellen auch eindeutige Bezüge zur rechtsextremen Szene fest, oder Menschen, die ganz gezielt vorhaben, mit ihren Waffen Anschläge auszuführen.

Sind Sie mit der Polizei-Arbeit in dem Bereich zufrieden?

Natürlich erwarte ich mir mehr von der Polizei. Fallweise finden irgendwelche Show-Auftritte im Bereich Rechtsextremismus statt, aber es fehlt die systematische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Das fällt der Polizei auch deshalb schwer, weil sie mit Rechtsextremismus innerhalb der eigenen Reihen zu kämpfen hat.

Wenn die FPÖ-Personalvertretung innerhalb der Polizei die Verpflegung der Beamt:innen bei Demonstrationen besorgt, finde ich das unerträglich. Das ist die Aufgabe des Dienstgebers und nicht der freiheitlichen Fraktion! Das führt natürlich zu einer nicht geringen An-

**„Ein dringender Appell
an die Parteien,
nicht die Themen der
Rechtsextremen zu imitieren“**

hängerschaft unter Polizeibeamt:innen. Und das setzt sich fort bis hin zu Einheiten, die eigentlich den Rechtsextremismus beobachten sollen.

Was wäre bei der Polizei zu tun?

In Deutschland gibt es Grüne und Linke, die in der Polizei verankert sind und dort auch als solche wahrgenommen werden. In Österreich gibt es so etwas nicht. Zumindest früher gab es in Deutschland Grüne, die versucht haben, ein Programm für die Polizei zu entwickeln. Das war zwar nicht mehrheitsfä-

hig, aber es ist ein Versuch, mit der Polizei in Dialog zu treten. Man wird auch in einem besseren, demokratischen System eine demokratisch strukturierte und sensibilisierte Polizei brauchen – lieber als irgendwelche Dumpfbacken.

Was, denken Sie, muss gesamtgesellschaftlich getan werden, um die Rechte bzw. Rechtsextremismus zurückzudrängen?

Das ist die Elferfrage! Ich versuch's: Da wäre einmal der dringende Appell an die Parteien, nicht die Themen der Rechtsextremen zu imitieren. Dann bräuchten wir so etwas wie eine demokratische Brandmauer gegenüber Rechtsextremismus – hat leider in Österreich bisher nur in sehr seltenen Momenten funktioniert. Und schließlich eine Politik mit Leidenschaft, die auf die Menschen zugeht, sie ernstnimmt, Ängste auflöst und nicht schürt.

Christof Mackinger ist freier Journalist. Er recherchiert zur extremen Rechten, zur Klimakrise, zu sozialen Themen und vielem mehr.

GEFLÜCHTETE FRAUEN

In der Warteschleife

Abeer Aldawoodi möchte wieder ihrem Beruf nachgehen. Doch bisher kommen – wenn überhaupt – nur Absagen. Der lange Weg einer geflüchteten Frau.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER
FOTOS: LUKAS ILGNER

Ein großes blaues Molekül prangt auf dem Deckblatt von Abeer Aldawoodis Lebenslauf. Darunter reihen sich auf drei Seiten Kenntnisse und Arbeitserfahrung der Irakerin. Sie ist viersprachig: Arabisch, Englisch, Deutsch und Türkisch. Über zwölf Jahre arbeitete sie als biomedizinische Analytikerin, die meiste Zeit in der irakischen Hauptstadt Bagdad.

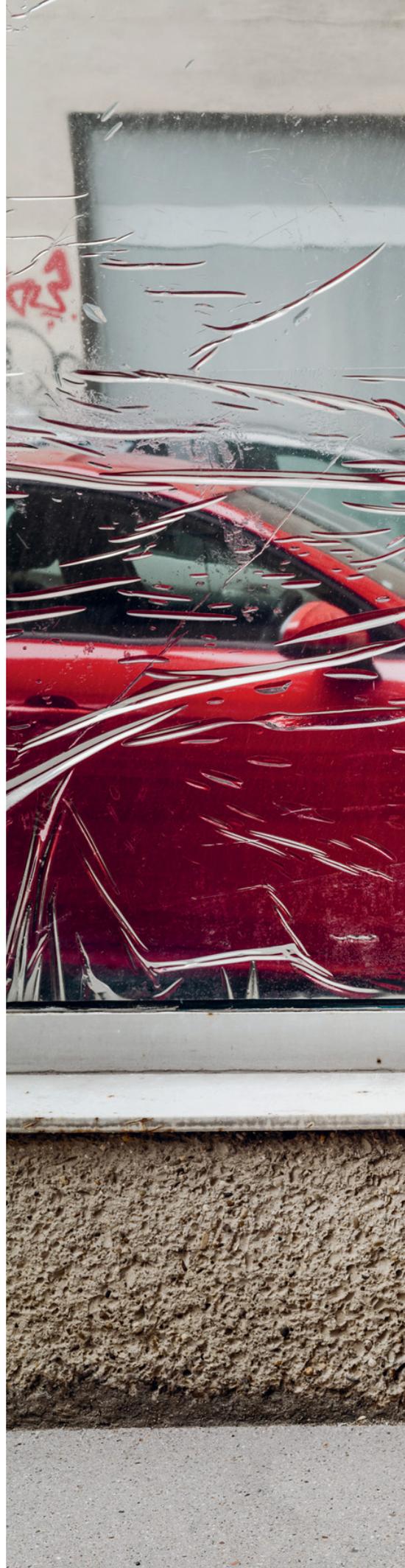
Doch die politische Situation im Irak zwang die Familie zur Flucht. Seit 2006 war die Terrorgruppe Al-Qaida im Irak, Schiiten und Sunniten wurden gegeneinander aufgehetzt, diverse Milizengruppen bildeten sich. Aldawoodis Familie ist sunnitisch. Sie erzählt, ihr Mann habe zunehmend Drohungen von Milizen erhalten.

Der Neustart

Die Familie ging 2009 nach Syrien, dort brach jedoch zwei Jahre später der Krieg aus und sie musste wieder zurück

nach Bagdad. Doch die Lage hatte sich auch dort nicht stabilisiert. Eines Tages nimmt Abeer Aldawoodi ein Taxi. Der Fahrer stoppt, hält ihr eine Waffe an den Kopf. „Er hat zu mir gesagt: Du bist Sunnitin“, erzählt sie. „Ich zeigte ihm meinen Ausweis, er rief jemanden an und nahm mir dann ‚nur‘ meine Wertsachen ab“, sagt Aldawoodi heute. Der Schock saß tief: „Ich erinnere mich bis heute genau daran, es war am 11. August, meinem Geburtstag.“

Die Familie beschließt, endgültig zu fliehen. Sie gehen in die Türkei, Aldawoodis Ehemann schafft es weiter nach Österreich. Zwei Jahre warten Mutter und Tochter bis die Familienzusammenführung klappt. 2019 in Wien angekommen, will sie wieder losstarten, einen Job finden, ihr Fachwissen einsetzen. Über zwölf Jahre hat sie in biomedizinischen Labors gearbeitet: Vier Jahre in einem privaten Labor in Bagdad, fünf Jahre als Leiterin eines biomedizinischen Labors





einer öffentlichen Institution, knapp drei Jahre als biomedizinische Analytikerin in einem Labor in Syrien und nochmal fast ein Jahr in einem Labor im Irak.

Viel Erfahrung, wenig Glück

Abeer Aldawoodi hat viel Arbeitserfahrung, doch diese sollte ihr in Österreich vorerst nichts nutzen. Einen Job in ihrem Bereich hat sie bis heute nicht gefunden.

Geflüchtete Frauen haben hierzulande eine niedrigere Beschäftigungsquote. Laut eines ÖIF-Berichts vom Frühjahr 2023 zu Zuwanderungs- und Erwerbsbiografien von Geflüchteten sind 21 Jahre nach Zuwanderung 60 Prozent der

Über zwölf Jahre arbeitete sie in biomedizinischen Labors.

In Österreich heißt es nun: Kompletter Neustart.

Frauen (Männer: 72 Prozent) berufstätig, nach sechs Jahren sind es 22 Prozent (Männer: 65 Prozent). Im Vergleich dazu waren laut Statistik Austria 2021 rund 71 Prozent der Frauen ohne Migrationshintergrund erwerbstätig. „Die verzögerte und viel seltenere Erwerbsintegration geflüchteter Frauen hat nicht bloß mit geringerer Qualifikation zu tun, sondern ist auch durch das mitgebrachte Kultur- und Rollenverständnis bedingt“, meinte dazu der Studienautor und Migrationsforscher Rainer Münz bei Veröffentlichung der Studie.

Migrationsforscherin Judith Kohlenberger sieht andere Gründe. Es fehle unter anderem an flächendeckender und ausreichender Kinderbetreuung, die den Besuch von Deutschkursen und später die Erwerbstätigkeit ermöglicht, sowie der Anerkennung von Qualifikationen, erklärte sie bei einer Podiums-



In ihrer Freizeit programmiert Abeer Aldawoodi gerne. Sie hofft, nun in der IT-Branche Fuß fassen zu können. Auch Hardware zu reparieren, kann sie sich vorstellen.

diskussion des Frauenberufsentrums ABZ* AUSTRIA im Oktober. In Österreich mehren sich die Rufe nach sogenannter qualifizierter Zuwanderung. Die Wirtschaftskammer startete etwa eine „Internationale Fachkräfte-Offensive“, mit der Arbeitskräfte aus Albanien, Brasilien, Indonesien, den Philippinen und dem Kosovo unter anderem in den Bereichen IT und Pflege angeworben werden. Doch was ist, wenn Qualifikation und Erfahrung schon hier sind, wie im Fall von Abeer Aldawoodi?

Ihr Studium wurde anerkannt, allerdings nur als Biologie-Bachelor. Aldawoodi studierte im Irak Mikrobiologie. Das wird hierzulande allerdings erst als Spezialisierung im Master angeboten. Mit der Anerkennung könnte sie nun etwa als Biologin oder im Labor im Bereich Biotechnologie und Lebensmittel arbeiten. Ihr ursprünglicher Beruf im biomedizinischen Labor zählt in Österreich zu den sogenannten reglementierten Berufen. Sie müsste dazu das Studium in Österreich nachholen. „Bis ich die fachsprachlichen Kenntnisse und das Studium fertig habe, bin ich noch älter und habe immer noch nicht die Sicherheit, damit dann wirklich einen Job zu finden“, zweifelt sie.

Stellenwert der Erfahrung

„Es stellt sich die Frage: Soll im Vordergrund der Studienplanvergleich stehen oder soll es in die Richtung gehen, dass wir schauen, ob Menschen grundsätzlich einen Beruf ausüben können, der passt“, sagt Norbert Bichl von AST, der Anlaufstelle für Personen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen. Eine Schwierigkeit der österreichischen Qualifikationsanerkennung sei, dass etwa

„Ich denke, die Absagen haben auch mit meinem Alter und meinem Outfit zu tun“, vermutet Aldawoodi.

alte Studienabschlüsse mit den aktuellen Studienplänen abgeglichen werden, also etwa ein Studienabschluss aus dem Jahr 2000 mit einem aktuellen Studienplan verglichen wird.

Die Berufserfahrung spiele dabei zunächst keine Rolle. „Wenn ich zum Beispiel ein Medizinstudium und 20 Jahre Berufserfahrung als Ärztin in Syrien habe, wird auf die Berufserfahrung derzeit im ersten Schritt gar nicht geschaut, sondern nur auf das Studium“, erklärt Bichl. „Dann muss ich mindestens auf ein B2-Deutschniveau kommen

und Teile des Studiums nachholen. Mit zwanzig Jahren Berufserfahrung bin ich aber auch nicht mehr ganz jung“, ergänzt er.

Richtungswechsel

Über 35 Bewerbungen hat Abeer Aldawoodi in den letzten Monaten an Labore verschickt, in denen sie arbeiten könnte. Nur ein Bruchteil antwortete. Eine Einladung zu einem Interview war nicht dabei. „Ich denke, das hat auch mit meinem Outfit zu tun“, sagt Aldawoodi und zeigt auf ihren Hijab. Ihre Beraterin habe ihr nun geraten, die Bewerbungen nur mehr ohne Fotos zu verschicken. Würde sie den Hijab für einen Job im Labor ablegen? „Ich dachte, zumindest hier leben wir in einer Demokratie“, sagt sie. Sie vermutet aber auch das Alter als Absagegrund, kommendes Jahr wird sie fünfzig.

Aldawoodi feilt inzwischen an neuen Ideen, überlegt in Richtung Informatik zu gehen. „Programmieren macht mir Spaß“, erzählt sie. Sie lerne gerade die Programmiersprache Python. Mit den Programmen Photoshop und AutoCAD sei sie vertraut. Aber auch Hardware zu reparieren, könne sie sich vorstellen. „Das ist schmutziger, da kann man richtig mit den Händen arbeiten“, sagt sie und lacht. Ihr Bruder habe ihr damals im Irak viel gezeigt. Momentan wartet Aldawoodi auf eine mögliche Zulassung in der „Jobs PLUS Ausbildung“ des waff. Damit hätte sie die Möglichkeit, einen akademisch anerkannten Abschluss im IT-Bereich zu erhalten und studienbegleitend einen Job bei einem Unternehmen zu bekommen.

Ob sie weiterhin Hoffnung hat? „Manchmal werde ich richtig depressiv“, erzählt sie, „doch ich muss weitermachen.“ Schon allein für ihre Tochter, die mittlerweile in die zweite Klasse Gymnasium in Wien geht. „Irgendwann muss es doch klappen“, sagt Aldawoodi.

KOMMENTAR

Im Auftrag der Migras – biber mit scharf.

Mit Jahresende wird das biber-Magazin eingestellt. Chefredakteurin Aleksandra Tulej über den Erfolg von biber und fehlende migrantische Stimmen in österreichischen Medien.

GASTKOMMENTAR: ALEKSANDRA TULEJ

Ihr schreibt über Menschen wie mich, deswegen lese ich euch“ – Wenn man 16 Jahre biber-Leser:innen-Feedback in einem Satz zusammenfassen könnte, wäre es exakt diese Aussage. Rund ein Viertel der Menschen in Österreich hat Migrationshintergrund – dennoch werden migrantische Stimmen in den Redaktionen hierzulande oftmals nur dann gebraucht, wenn es in einer bestimmten Community brodelt oder man sich mit Begriffen wie Diversität schmücken will. Vor allem wird aber meist über Menschen mit Migrationshintergrund berichtet, selbst kommen sie allerdings selten zu Wort. Das führt dazu, dass in unseren Köpfen und der Gesellschaft Bilder entstehen, die eben nicht die Realität wiedergeben. Begriffe wie Diversität und Repräsentation werden oft fast schon inflationär verwendet – aber werden sie auch wirklich gelebt?

2006 hat der ehemalige Chefredakteur und Herausgeber Simon Kravagna das Magazin biber gegründet – um genau das zu ändern. Biber bedeutet auf Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch „Pfeffer“ – biber mit scharf eben. Mit Ende des Jahres wird das Magazin eingestellt, die Medienbranche leidet unter massiven Finanzierungsproblemen, kleinere Magazine trifft es bekanntlich zuerst.



Wird Diversität in Österreichs Redaktionen wirklich gelebt?, fragt Aleksandra Tulej.

Was bleiben wird, ist eine Lücke, die nicht nur der Leserschaft, den Communitys, sondern auch vor allem jungen Migra-Journos wehtut. Ich hatte die Ehre, als letzte Chefredakteurin des Magazins mit wunderbaren jungen Talenten zusammenzuarbeiten, die alle dazu beigetragen haben, dass unsere Medienlandschaft ein Stück weniger eintönig wird. Ob religiöse Konflikte, Brüche mit Traditionen, Migra-Künstler:innen, die Lebensrealitäten geflüchteter Menschen, transgenerationale Traumata bis hin zu Themen wie Auto-Tuning am Kahlenberg: Wir haben mit Menschen gesprochen, mit

denen sonst niemand gesprochen hat. Wir haben Geschichten geschrieben, die sonst keiner geschrieben hat. Direkt aus den Communitys, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen: Wir haben Probleme angesprochen, die es anzusprechen galt, wir haben Vorbilder vor den Vorhang geholt und wir haben Themen behandelt, die die verschiedensten Migra-Communitys in Wien beschäftigen – und das von innen, nicht von oben herab.

Die Geschichten, die wir geschrieben haben, haben wir selbst erlebt, wir haben biber gelebt. Wir sind an Schulen (sogenannte Brennpunktschulen) gegangen, haben Jugendlichen gezeigt, wie Journalismus aussehen kann – und von ihnen selbst dazugelernt. Wir haben im Rahmen der zweimonatigen biber-Akademie Jungjournalist:innen ausgebildet, sie auf den Start im Medienschungel vorbereitet – und das mit Erfolg. Mittlerweile sitzen quer verstreut in allen möglichen Redaktionen des Landes Journalist:innen, die ihre Karriere bei biber begonnen haben – und die Medienlandschaft somit immer weiter „mit scharf“ mitgestalten werden.

Aleksandra Tulej war seit 2022 Chefredakteurin von biber. In ihrer journalistischen Arbeit beschäftigt sie sich vorrangig mit unterrepräsentierten Milieus der Gesellschaft.



SEENOTRETTUNG

Einspringen, wo der Staat versagt

Der Österreicher Jakob Frühmann engagiert sich seit sechs Jahren bei der NGO Sea-Watch. Ein Gespräch über seine Einsätze auf See, Verschärfungen und den Menschenrechtsdiskurs in Österreich.

INTERVIEW: SARAH KLEINER

Foto: Sea Watch



Die Mittelmeerroute ist bis heute eine der tödlichsten Migrationsrouten der Welt. Die UN schätzt, dass im vergangenen Jahr etwa 2.400 Menschen beim Versuch, nach Europa zu gelangen, ertrunken sind. Aufgrund der ausbleibenden staatlichen Rettungsmissionen wurde die zivile Seenotrettung zur wichtigsten Instanz für das Überleben Ertrinkender. Jakob Frühmann fährt seit 2017 mit der deutschen NGO Sea-Watch auf See.

MO-Magazin: Sie haben vor Ihrem Engagement bei Sea-Watch als Lehrer in Österreich gearbeitet. Wie wurden Sie zum Seenotretter?

Jakob Frühmann: Ich war in Wien an unterschiedlichen Orten engagiert. Ich habe ein Jugendzentrum mitgegründet und war u. a. im Zuge der Fluchtbewegung von 2015 an unterschiedlichen solidarischen Gruppen beteiligt. Und ich war immer sehr dem Meer verbunden, habe während des Studiums auch einen Segelkurs gemacht. Irgendwann habe ich diese zwei Leidenschaften verbunden: Die Passion, zur See zu fahren, und nicht hinnehmen zu wollen, dass genau in diesem Meer Menschen auf ihrem Weg nach Europa ertrinken.

„Ich wollte nicht mehr hinnehmen, dass in dem Meer, dem ich sehr verbunden bin, Menschen ertrinken“

Die zivile Seenotrettung wird zunehmend kriminalisiert, wie hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verändert?

2015, nachdem unter anderem durch Sebastian Kurz die Balkanroute geschlossen wurde, hat sich eine eigentlich alte, aber dann wieder verstärkt befahrene Migrationsroute übers zentrale Mittelmeer erneut aufgetan. Die staatlichen – vor allem italienischen – und europäischen Behörden waren überfordert mit der Anzahl ankommender Boote. Daraufhin hat sich die zivile Flotte herausgebildet, nicht nur, aber maßgeblich vorangetrieben von Sea-Watch. Der Grundgedanke war, dort einzuspringen, wo der Staat überfordert ist oder versagt.

Anfangs gab es ja in dem Bereich noch Kooperationen mit staatlichen Einsatztruppen.

Ja, 2016 und 2017 gab es Kooperationen mit staatlichen Schiffen und Behör-

den und eine übergeordnete Koordination von Rettungseinsätzen. So wie das vorgesehen ist im internationalen Seerecht. Laut diesem hat jeder Küstenstaat für ein gewisses Gebiet die Aufgabe, Seenotfälle zu koordinieren, das ist die sogenannte „search and rescue region“. Was wir die letzten Jahre beobachten, ist ein sukzessiver Rückzug der zuständigen europäischen Behörden und Organe, auch ein Ausbleiben der Koordination von Rettungen. Wir arbeiten transparent und informieren über Seenotfälle bzw. halten die Seenotrettungsleitstellen am Laufenden. Standardmäßig bekommen wir keine Antwort. Andererseits ist auch eine sogenannte „non-assistance“ zu beobachten. Das betrifft vor allem Malta. Dieses hat sich vor Jahren aus der Seenotrettung verabschiedet und ist nicht mehr im Mittelmeer präsent. Die staatlichen Seenotrettungsprogramme wurden alle abgeschafft.

Also gibt es von der EU keine Versuche mehr, Menschen in Seenot zu retten?

Es gibt keine von der EU mandatierten Schiffe im Einsatzgebiet, lediglich Aufklärungsflugzeuge von Frontex, die Positionen von Seenotfällen registrieren und weitergeben und damit Pushbacks oder Verschleppungen der Menschen, zum Beispiel durch die sogenannte libysche Küstenwache, ermöglichen. Es gibt also einerseits einen sukzessiven Rückzug der europäischen Seenotrettung und gleichzeitig eine Externalisierung der europäischen Außengrenzen, indem man Länder wie Libyen „einspannt“. Außerdem ist die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung zu nennen. Das betrifft administrative Schikanen, wo unsere Schiffe und Flugzeuge festgesetzt werden, oder strafrechtliche Ermittlungen gegen einzelne Crewmitglieder.

Deutschland plant eine Verschärfung der Schiffssicherheitsverordnung, die einen großen Teil der zivilen Rettungsschiffe betreffen würde. Die geplanten Änderungen umfassen zum Beispiel Vorschriften zu Fenstern und Türen, die denen von Frachtschiffen angeglichen werden sollen. Plexiglasfenster sollen zum Beispiel mit Stahldeckeln versehen werden. Sea-Watch hat die Pläne stark kritisiert. Was wären Ihrer Meinung nach die Folgen?

Unterm Strich wird versucht, unter dem Vorwand der Sicherheit Schiffe aus dem Verkehr zu ziehen. Es soll die Sportschiffahrt an die Berufsschiffahrt angeglichen werden. Für kleine NGOs und Schiffe bedeutet das Umbauten, dadurch entstünden Kosten, die für viele nicht tragbar sind. Das ist an sich auch widersprüchlich zum deutschen Koalitionsvertrag, in dem ein Bekenntnis zur Seenotrettung festgehalten wurde.

Italien arbeitet unter Giorgia Meloni mit Dekreten, die Rettungsschiffe zum Ansteuern von sehr weit entfernten Häfen zwingen. Wie wirkt sich das in der Praxis aus?

Laut der „International Convention for the Safety of Life at Sea“ müssen Schiffbrüchige nach einer Rettung ehestmöglich an einen sicheren Ort gebracht werden. Da das unserer Ansicht nach weder Libyen noch Tunesien sein können, sind es entweder Malta oder Italien. Malta antwortet nicht und hat sich zu einem „failed state“ für Menschenrechte entwickelt. Uns wird letzten Endes immer Italien zugewiesen, allerdings haben wir vor der Regierung Melonis oft wochenlang auf die Zuweisung gewartet. Unter der neuen faschistischen Regierung wird der Hafen sofort zugewiesen, allerdings möglichst weit weg vom Einsatzgebiet. Die Präsenz von zivilen Seenotrettungsschiffen wird dadurch ausgedünnt. Es gehört mittlerweile zum Alltag, dass NGO-Schiffe in den Nordosten Italiens geschickt werden. Man fährt da fünf Tage hoch und



Es werde versucht, unter dem Vorwand der Sicherheit Rettungsschiffe aus dem Verkehr zu ziehen, berichtet Jakob Frühmann.

verbrennt irre viel Sprit, was wiederum zigtausende Euro für die NGO bedeutet. Andererseits ist der sichere Hafen direkt anzulaufen. Das heißt, selbst wenn am Weg ein weiterer Seenotrettungsfall bekannt würde, wäre es laut diesem Gesetz, das wir auch anfechten,

„Was für mich noch herausfordernder ist, sind die politischen Verhältnisse in Österreich“

widerrechtlich, einzugreifen. Das haben einige Schiffe ignoriert, sie sahen sich dann mit Geldstrafen und Blockaden konfrontiert.

SOS Mediterannée hat im Frühjahr einen Fall öffentlich gemacht, bei dem die libysche Küstenwache in einen Rettungseinsatz eingegriffen und auch Schüsse abgefeuert hat. Welche Erfahrungen haben Sie mit ihr gemacht?

Ich habe den Fall aus einem unserer Flugzeuge beobachtet. Wir haben versucht, über Funk mit der sogenannten

Küstenwache in Kontakt zu treten, da kam keine Antwort. Abgesehen von den Schüssen konnten wir auch mehrere gefährdende Manöver des Patrouillenboots beobachten und die Menschen in dem Schlauchboot, bei dem ein Schlauch bereits Luft verloren hatte, wurden bedroht. Solche Ereignisse beobachten wir leider immer wieder. Wir sollten es hier mit einer professionellen, humanitär ausgerichteten Küstenwache zu tun haben, aber das ist überhaupt nicht der Fall.

Sie kommen zwischen Ihren Einsätzen an den unterschiedlichsten Orten immer wieder nach Österreich. Wie nehmen Sie hier den Diskurs über Geflüchtete wahr?

Das ist für mich einer der schwierigsten Aspekte der Arbeit. Oft werde ich gefragt: „Ist das schlimm vor Ort?“ Viele wollen diese negativen Storys hören und – ohne das zu romantisieren – es ist natürlich herausfordernd, aber was für mich noch herausfordernder ist, ist dann in Österreich mit den politischen Verhältnissen konfrontiert zu sein. Man kommt nach Hause und dann gibt es auf einmal in Niederösterreich einen schwarz-blauen Koalitionsvertrag. Auch in puncto Grüne: Die sitzen mit einer Partei im selben Boot, die migrationspolitisch ins gleiche Horn bläst wie Giorgia Melonis Fratelli d’Italia. Das gibt mir natürlich zu denken. Insgesamt ist eine beängstigende Verrohung des Diskurses zu bemerken und das betrifft ganz Europa. Diskussionen um Personenfreizügigkeit, Bewegungsfreiheit, offene Grenzen werden überhaupt nicht mehr geführt. Das sind inzwischen Tabuthemen, die traut man sich gar nicht mehr anzusprechen.

Sarah Kleiner arbeitet als Journalistin in Wien. Sie leitet die Produktion des ORIGINAL Magazins, das sich dem konstruktiven Journalismus verschrieben hat, und ist als freie Autorin im Bereich Wissenschaft unter anderem für die Tageszeitung Der Standard tätig.

KOLUMNE

Liberté, Adé

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

KOLUMNE: MENERVA HAMMAD



Illustration: Petja Dimitrova

Während in Frankreich die Abaya (Arabisch für Kleid) für Schülerinnen verboten wird, steht seit Oktober mitten in Birmingham eine „Hijab“-Statue mit dem Namen „Die Stärke des Hijabs“, die nicht nur sichtbare muslimische Frauen ehren soll, sondern auch das Recht einer jeden Frau, das tragen zu können, was sie möchte. Und in Österreich? Auch wir haben kürzlich mit dem Thema Schlagzeilen gemacht: Bei uns sind Bauchleiberl an manchen Schulen verboten. Es gibt auch Anweisungen, welche Kleidungsstücke für Schüler:innen während der Schulzeit (nicht) akzeptabel sind, sogar illustrativ nach Geschlecht getrennt. Mädchen sollen ja nicht zu viel Haut zeigen (na zu wenig bitte a ned) und Burschen sich nicht zu bequem kleiden. Also keine Jogginghosen, Kappen, Kaputzen etc. Da sind beide Geschlechter gleich, aber wenn es um bestimmte Kleidungsstücke geht, werden klar nur Mädchen abgebildet. Kopftücher sind zwar nicht direkt ein Thema bei diesen Regeln, dennoch allgegenwärtig. Denn Kopftücher werden eigentlich nicht gern gesehen, aber da der Verfassungsgerichtshof entschied, es sei diskriminierend diese zu verbieten, müssen diese

leider Gottes doch an österreichischen Schulen – und sonst auch in der Öffentlichkeit – ertragen werden. Sie werden toleriert, in Wirklichkeit zwangsakzeptiert, und die Schülerin, die sich traut, einen Hijab zu tragen, muss oftmals spüren, dass dieses Auftreten eher nicht erwünscht ist. Ein abwertender Blick, ein rassistischer Kommentar. Mehrmals am Tag. Jeden Tag.

Der Wille einer Frau

Es dauerte nicht lange, bis es in den sozialen Medien Kritik zur Kleiderordnung an manchen Schulen hagelte, denn wieder einmal würden Mädchen und junge Damen aufgrund ihres Kleidungsstils in den Fokus genommen. Offiziell gehe es ja darum, junge Menschen auf das Berufsleben vorzubereiten, auch durch die Garderobe. Vermutung feministischer Aktivistinnen ist jedoch, dass es sich um etwas anderes handelt, nämlich das Narrativ, Frauen müssten sich „verhüllen“, um weder männliche Schüler noch Lehrer „abzulenken“. Und hier schließt sich der Kreis zum Hijab, denn gäbe es in der westlichen Welt ein Symbol für die Unterdrückung der Frau, wäre es wohl dieses Stückchen Stoff. Wir haben in Österreich ja auch Mil-

lionen von Kopftuchexpert:innen. Was die wenigsten wissen: Geschichtlich bedeutet das Tragen eines Hijabs, dass frau frei ist. Viele Spekulationen, viel Frust und vor allem viele Fragen tauchten auf, als die neueste Kleidungs Vorschrift publik gemacht wurde. Nur eine ganz wesentliche Frage blieb aus: Welche Auswahl haben unsere Töchter eigentlich, wenn es um Kleidung geht? Wann haben Sie das letzte Mal ein Bauchleiberl in der Burschenabteilung gesehen? Wie sehr werden Mädchen durch Kleidung sexualisiert? Wie bewusst schauen wir da auch hin? Welche repräsentativen Vorbilder haben sie? Wie werden sie in der Gesellschaft, aber auch politisch gesehen und angesprochen? In einer Gesellschaft, in der Weiblichkeit und die Vielfalt dieser als Tabu gelten, kann man verschleiern, wie viel man möchte, um das Bauchleiberl zu verdecken. Oder das Kopftuch runterreißen, um eine Person zwangszubefreien. Denn was jede Frau als Individuum will, ist ja offensichtlich scheißegal. Dann darf frau/man sich aber nicht aufregen, dass der feministische Diskurs nicht weiterkommt: Immerhin halten wir das Gespräch darüber so oberflächlich, wie ein Kleidungsstück nur sein kann.

POPULÄR GESEHEN

Ruinöse Trümmerhaufen und gebrochene Brücken

Das Sozialhilfegesetz stürzt zusammen. Wer davon spricht, Ärmern zu helfen, darf zur schlechten Sozialhilfe aber nicht schweigen.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Von der Sozialhilfe ist mittlerweile nur mehr eine eingestürzte Ruine über. Das oberste Gericht hat zum wiederholten Male Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes der letzten Regierung als verfassungswidrig erklärt. In der Teuerung haben wir von vielen Seiten gehört, dass den Ärmern jedenfalls unter die Arme gegriffen werden soll. Wer davon spricht, Ärmern zu helfen, darf zur schlechten Sozialhilfe aber nicht schweigen.

Zu besonders drastischen Kürzungen kommt es im Sozialhilfegesetz bei Menschen mit Behinderungen, deren Unterhaltsforderungen jetzt österreichweit als Einkommen gewertet werden. Kinder, immerhin 70.000, sind von Kürzungen gravierend betroffen und vielfach in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Eine weitere massive Verschlechterung betrifft die Leistungen fürs Wohnen, auch die Wohnbeihilfe wird jetzt von den zuständigen Behörden einbehalten. Um ihre Miete zu zahlen, müssen die Betroffenen das aufbrauchen, was eigentlich für den notwendigsten Lebensunterhalt vorgesehen wäre. Hungern für die Miete. Mindeststandards gibt es keine mehr, das Ziel der Ar-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

mutsbekämpfung ist aus den Zielen des Gesetzes gestrichen worden. Die Sozialhilfe ist eine kaputte Brücke, die über dem reißenden Fluss bricht. Wir brauchen aber Brücken, die in den Krisen halten.

Wie konnte es so weit kommen? Auf „die Flüchtlinge“ zeigen die Regierenden, die Bedingungen verschärfen sie aber für alle. Das ist wie bei Trickdieben: Es braucht immer einen, der ablenkt, damit dir der andere die Geldbörse aus der Tasche ziehen kann. Die „Ausländer“ werden ins Spiel gebracht, weil sie sonst die Kürzungen nicht durchsetzen könnten. Keiner alten Frau, keinem Menschen mit Behinderungen, keinem Niedriglohnbezieher geht es jetzt besser. Im Gegenteil.

Bei der Sozialhilfe geht es in Wirklichkeit um 0,4 Prozent des Staatsbudgets für die ärmsten 2 Prozent der Bevölkerung. Das ist sehr gering im Verhältnis zu anderen Ausgaben der Republik. Die Sozialhilfe ist mittlerweile eine Ruine. Wir müssen ein neues sicheres Gebäude bauen, das Existenz, Chancen und Teilhabe sichert. Das sollte gerade in Krisenzeiten halten. Jetzt fliegen uns die Trümmer um die Ohren.

POLIZEIKOLUMNE

Umhacken

Der repressive Stil neuer Sondereinheiten verschlechtert offenbar auch die polizeiliche Alltagskultur auf den Inspektionen.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

In Polizeikreisen kursiert folgende Geschichte: Wenn ein junger Beamter den Dienst auf einer Polizeinspektion antritt, wird er von einer älteren Kollegin zur Seite genommen. Sie nimmt ihn an der Schulter, blickt ihm in die Augen und sagt: „Und jetzt vergisst du alles, was du auf der Polizeischule gelernt hast – hier lernst du, wie die Arbeit wirklich funktioniert.“ Die Anekdote soll den Unterschied zwischen der offiziellen Polizeikultur der Leitbilder und der polizeilichen Alltagskultur, der „Copculture“, illustrieren.

Unlängst erzählte eine Polizistin die Geschichte anders. Ein Postenkommandant nimmt eine junge Polizistin zur Seite und sagt: „Vergiss alles, was du in der Bereitschaftseinheit gelernt hast, jetzt zeigen wir dir, wie Polizeiarbeit wirklich geht.“ Seit 2021 werden in den Bundesländern mit den Bereitschaftseinheiten und den Schnellen Interventionsgruppen (SIG) zwei neue Sondereinheiten eingeführt.

In den Bereitschaftseinheiten versehen junge Polizist:innen mehrere Monate überregionalen Dienst an polizeilichen „Brennpunkten“. Im Einsatzoverall patrouillieren die

CLARTEXT

Von Gutmenschen und Putin-Verstehern

Die Art und Weise, wie wir Menschen verunglimpfen und beleidigen wollen, die Worte, die wir wählen, sagen viel über den Zustand unserer Gesellschaft aus.



Clara Akinyosoje ist ORF-Journalistin und im Vorstand des Frauennetzwerks Medien.



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Sechsergruppen an Bahnhöfen, um Suchtkranke und Obdachlose fernzuhalten. Die Gruppen werden von relativ erfahrenen Kommandant:innen angeführt, aber der soziale Kontakt konzentriert sich auf anstrengendes Klientel und gleichaltrige Kolleg:innen, die diese Erfahrung teilen.

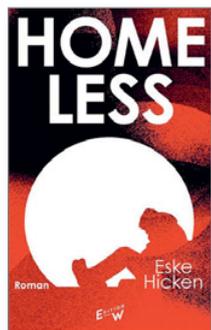
Die SIG sind noch robuster. Nach dem Vorbild der Wiener WEGA sollen sie eine Lücke zwischen Streifen dienst und der Anti-Terrorereinheit Cobra füllen, so das Innenministerium. Diese Lücke dürfte nicht überall allzu groß sein. Ein Offizier aus einer ländlichen Polizeiinspektion beklagt, die Spezialtruppe würde zu gewöhnlichen Amtshandlungen geschickt, damit sie nicht herumstehen: „Dort stehen sie dann mit zwei Ersatzmagazinen am Brustgurt und befragen den Melder einer Lärmstörung. Man kann schon froh sein, wenn die Amtshandlung ohne Umhacken endet.“ Gemeint ist das zu Fall Bringen und Festhalten einer Person am Boden. Offenbar führt die Einführung dieser Sondereinheiten dazu, dass ihr repräsentativer Stil auch auf den Polizeiinspektionen Fuß fasst und damit die Arbeit der Polizei insgesamt verschlechtert.

Vor ein paar Jahren stand ich im Bus neben einer Gruppe junger Burschen, wahrscheinlich Klassenkameraden, höchstens vierzehn Jahre alt. Sie zogen einander auf. Mir schien aber, dass die Burschen freundschaftlich miteinander verbunden waren. Irgendwann entspann sich ein Dialog zwischen zwei der Jugendlichen. Jedes Mal, wenn der eine dem anderen etwas vorhielt, antwortete dieser mit: „Deine Mutter.“ Nachdem das mehrmals so hin und her ging, fragte ich freundlich, warum es denn immer ausgerechnet „Die Mutter“ sein müsse. Die Burschen lachten verlegen. Meine Intervention hatte Erfolg: Der Bursche, der seinen Freund mit den Worten „Deine Mutter“ zur Weißglut treiben wollte, erwiderte fortan nur mehr mit „dein Vater“. Natürlich sagen uns die Worte, die wir verwenden, um Menschen zu beleidigen, viel über den Zustand unserer Gesellschaft. Nehmen wir das Wort „Gutmensch“, das vor allem für Menschen links der Mitte angewandt wird. Damit sind Menschen gemeint, denen man einen übertriebenen Wunsch „gut zu sein“ nachsagt, die moralisieren, Dogmen aufstellen und keinen Widerspruch

zulassen. Angeprangert wird mit dem Wort aber nicht ein fundamentalistischer Blick auf die Welt, sondern das Streben nach dem richtigen, guten, fairen Handeln wird lächerlich gemacht. Und was ist mit dem Putin-Versteher, mit dem viele Menschen rechts der Mitte bedacht werden? Gemeint sind damit Menschen, die das kriegerische Handeln des russischen Machthabers Wladimir Putin verteidigen, seinen Krieg relativieren, Position für ihn beziehen. Der Begriff des „Putin-Verstehers“ problematisiert aber nicht das Parteiergreifen für den Despoten, sondern die Fähigkeit, die Beweggründe dieses Politikers zu begreifen, ja zu „verstehen“. Das sind keine Spitzfindigkeiten, die deutsche Sprache ist wunderschön und präzise und wir sollten sagen, was wir meinen. Frauen, die als Waffe benutzt werden, um Männer zu entehren? Die Pervertierung des Strebens danach, ein guter Mensch zu sein? Die Geringschätzung der Bedeutung, sich in andere Menschen hineinversetzen zu können? Es sind die Zeichen unserer Zeit.

DOSSIERMEDIEN

BUCH



Wenn die Realität anklopft

Ein Jahr vertiefte sich die deutsche Radio- und Fernsehreporterin Eske Hicken in das Thema Obdachlosigkeit. Dazu nahm sie 2017 eine Auszeit und arbeitete im US-amerikanischen Portland für

eine Organisation, die sich für die Rechte obdachloser Menschen einsetzt. Hicken schief selbst auf der Straße und in Notunterkünften, sprach mit Betroffenen und Anwohner:innen.

Ihre Erfahrungen ließ Hicken nun in ihr Romandebüt „Homeless“ einfließen. Es geht um zwei Paare: Das Journalist:innen-Ehepaar Helen und Richard, die auf Hafer-Latte und Antirassismus-Lektüre Wert legen. Und Katie und John, die auf der Straße leben. Die Lebenswelten der vier bewegen sich zunehmend aufeinander zu. Eine rechte Bürgerinitiative beginnt zudem, in der Stadt

gegen obdachlose Menschen zu hetzen. Provisorische Unterkünfte werden angezündet. Eske Hicken schildert eindrücklich, wie es ist, den Alltag auf der Straße zu organisieren. Sie zeigt Widersprüchlichkeiten, wie Cafés, die mit „Refugees Welcome“-Plakaten werben, in denen sich aber kaum jemand den Sieben Dollar-Kaffee leisten kann. Die Journalistin beschreibt die Hilflosigkeit und Doppelmoral der „Bobo“-Menschen. Das Gewissen sagt: Helfen! Die Realität zeigt: Wenn Armut sichtbar vor die eigene Haustür rückt, scheint es plötzlich für manche schwierig, den eigenen

Prinzipien treu zu bleiben. Auch wenn die Situation der Obdachlosigkeit sich in Österreich (noch) anders darstellt als in den USA, zeigen sich Parallelen, wie die Attacken auf obdachlose Menschen, die an jüngste Angriffe in Wien erinnern. Auch die Spannungen verschiedener sozialer Milieus sind ortsunabhängiger Stoff. Ein gelungenes Debüt: Tiefgehende Recherche gegossen in einen Roman, der zum Hinsehen und Reflektieren bewegt. (red)

Eske Hicken

Homeless

Edition W 2023

280 Seiten, 24,00 Euro

BUCH



Zeitarmut

Zeit ist eine Frage von Macht und Freiheit, so lautet die These und der Untertitel von Teresa Bückers Sachbuch „Alle_Zeit“. Die deutsche Journalistin schreibt darin über Zeitverteilung, Care-

Arbeit und Zeitpolitik. Denn so wie derzeit gesellschaftlich und politisch – Stichwort 40-Stunden-Arbeitswoche – mit Zeit umgegangen wird, geht unter, dass das bisherige System für die wenigsten praktikabel und (gut) lebbar ist. Laut Bücker verstärkt unsere Zeitkultur Ungleichheiten. Und das nicht zufällig, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Machtstrukturen. Wer sich tagein tagaus um Angehörige (unbezahlt) kümmert, wer in jahrelangen Asylverfahren auf den Zugang zum Arbeitsmarkt wartet, wer zu einem Niedriglohn arbeitet und das mit

noch mehr Arbeitsstunden ausgleichen muss, hat weniger Zeit für gesellschaftliche und politische Teilhabe übrig. Während für manche das ständig Beschäftigtsein zu einem Statussymbol geworden ist – „für mich ist eine 60 Stunden-Woche normal“ – haben andere nicht die Wahl, aus diesem Zeitradd auszubrechen, wenn am Ende nur ein Hungerlohn übrigbleibt. Sozioökonomisch besser gestellte Menschen können sich ihre Zeit durch externe Dienstleistungen wie Babysitter oder Putzkraft erkaufen. Paradoxe Weise sind aber gerade sie diejenigen, die be-

sonders viel Zeitknappheit empfinden. Bücker zu den Ungleichheiten: „Wenn wir uns Zeit von anderen nehmen, ihre Zeit für weniger wichtig als unsere halten oder ihre Zeit sehr schlecht bezahlen, sind diese Menschen weniger frei als wir.“ Die Journalistin versucht daher auch eine Vision für eine neue Zeitkultur zu entwerfen, von der man sich anstecken lassen möchte. (red)

Teresa Bücker

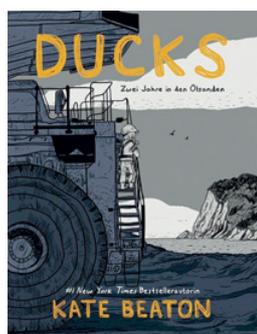
Alle_Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit

Ullstein Verlag 2022

400 Seiten, 22,70 Euro

POPULÄRKULTUR

GRAPHIC NOVEL



In den Ölsandfeldern Kanadas

Mit einem Bachelor in Geisteswissenschaften sehen die Zukunftsaussichten der 21-jährigen Kate aus der kanadischen Provinz ziemlich mies aus. Einst waren die Bewohner:innen in

Nova Scotia in der Fischerei, Stahlindustrie und im Kohleabbau tätig. Heute gibt es kaum mehr Jobs. Darum wandern etliche ins Landesinnere ab. So auch Kate: Es geht in die mehr als 5.000 Kilometer entfernten Ölsandfelder von Alberta.

„Ducks“ ist die autobiografische Story von Kate Beaton, die in Nordamerika für Furore sorgte. Zwei Jahre lang war sie in den – hypermaskulin geprägten – Workcamps auf den Ölsandfeldern Kanadas beschäftigt, einer Industrie, die auf der massiven Ausbeutung von Natur und Mensch basiert: von der umweltzerstörenden Förder-

methode des Fracking über den Landraub an der indigenen Bevölkerung bis hin zur massiven psychischen und physischen Dauerbelastung der Arbeiter:innen in der Ölsandgewinnung.

Beaton selbst will ihre Comic-Memoiren als Augenzeug:innenbericht verstanden wissen, sie arbeitet daher nur mit Dialogen und verzichtet auf erklärende Textkästchen. Die regierenden Grautöne unterstreichen das Gefühl der Unwirklichkeit in einer Arbeitswelt, die fernab der „normalen“ Gesellschaft funktioniert und von Einsamkeit und (sexualisierter) Gewalt geprägt ist. Nicht ohne

bitteren Humor illustriert Beaton, wie in einem isolierten Umfeld, das von Unternehmensinteressen beherrscht wird, Menschen abstumpfen. Es sind Bedingungen, unter denen toxische Machtverhältnisse noch schwieriger zu thematisieren sind.

„Ducks“ ist ein vielschichtiges, beeindruckendes Langcomic-Debüt, das hoffentlich auch hierzulande zahlreiche Leser:innen findet. (Vina Yun)

Kate Beaton

Ducks – Zwei Jahre in den Ölsanden

Aus dem Englischen von Jan Dinter
Zwerchfell/Reprodukt 2023
448 Seiten, 41,50 Euro

PODCAST



Bist du integriert?

Asian Hate und Asia Trend, das Leben mit und zwischen mehreren Kulturen, Homosexualität am Balkan, Bodyshaming unter Migrant:innen ... – die Themenpalette des Pod-

casts „Gut integriert“ ist breit. „Mein Podcast handelt zwar von den Lebensrealitäten von Migrant:innen, Zugezogenen und People of Color, aber meine Zielgruppe sind alle Individuen, die voneinander lernen möchten“, beschreibt Kristjan Morina, der hauptberuflich als Umfrage-Redakteur arbeitet. Er wolle Verständnis schaffen und Geschichten eine Plattform geben, die sonst oft überhört werden. Der Titel „Gut integriert“ spielt auf den Stempel an, den viele Menschen mit Migrationsgeschichte aufgedrückt bekommen – egal, ob in Österreich geboren, ihr

Leben lang hier gelebt oder auch nicht.

Zu den Gesprächspartner:innen der letzten Folgen zählen Sozialarbeiterin Venus Le, Antirassismus-Expertin Dunia Khalil und Autorin und MO-Kolumnistin Mennerva Hammad. Mit seinen Gäst:innen spricht Kristjan Morina über ihre Lebensrealitäten sowie Erwartungshaltungen von Autochtonen und migrantischen Communitys. Der Podcast erscheint ein- bis zweimal pro Monat und blickt mit humorvoll-ernster Brille auf Themen rund um Kulturclashes, Migrationsbiografien und ein gelunge-

nes Miteinander.

Kristjan Morina ist überzeugt, man schafft Verständnis, indem man zuhört und versucht, sich in die Lage von anderen zu versetzen. Somit eine hörenswerte Einladung an alle, zuzuhören und empathischer durch die Welt zu gehen. (red)

<https://linkfro.de/gutintegriert>.



POPULÄRKULTUR

BUCH



Ins Bewusstsein rücken

Die Journalistin Franziska Grillmeier recherchiert seit Jahren beständig zu den Themen Flucht und Migration. Seit 2018 lebt sie auf der griechischen Insel Lesbos. Auf dieser Insel befand sich

zwischenzeitlich das größte Fluchtlager Europas, Moria. In dem für knapp 3.000 Menschen konzipierten Flüchtlingslager lebten zwischenzeitlich bis zu 20.000 Menschen. 2020 kam es zu einem Großbrand, der das Lager fast vollständig zerstörte.

Abseits der großen Medienöffentlichkeit werden in Europa seit Jahren humanitäre Ausnahmezustände auf der griechischen Insel in Kauf genommen. Grillmeier zeichnet in ihrem Buch „Die Insel“ viele einzelne Geschichten derjenigen nach, die unfreiwillig oder freiwillig dort ge-

blieben sind: Sie beschreibt, was mit den Menschen nach dem Brand passiert ist, wo sie nun untergebracht sind. Wie Helfer:innen immer noch ihr Bestes versuchen, um den katastrophalen Zustand ein wenig zu lindern, und gleichzeitig kriminalisiert werden. Wie Anwohner:innen mit der Situation alleingelassen werden. Wie die EU ihre Rechtsstaatlichkeit an den Grenzen begräbt. Wie Journalist:innen an ihrer Arbeit vor Ort behindert werden.

Es ist ein eindrücklicher Bericht, der traurig und wütend zugleich macht. Doch er zeigt auch das Essentiel-

le auf: Alle Zahlen, die wir in den Medien konsumieren, sind einzelne Menschen, alle mit ihrer individuellen persönlichen Geschichte. Und alle mit einem – mittlerweile beinahe nur theoretischen – Recht menschenwürdig behandelt zu werden. Ein wichtiges Buch, um all das wieder zentral ins Bewusstsein zu rücken. (red)

Franziska Grillmeier

Die Insel. Ein Bericht vom Ausnahmezustand an den Rändern Europas.

C. H. Beck Verlag 2023
220 Seiten, 24,70 Euro

BUCH



Vom Aufwachsen und Ausbrechen

Die biber-Journalistin Nada Chekh erzählt in ihrem Buchdebüt „Eine Blume ohne Wurzeln“ anschaulich ihre persönliche Geschichte. Kurzweilig schreibt sie von ihrer Kindheit und Jugend

zwischen verschiedenen Welten. Sie wächst in einer konservativen muslimischen Familie im Wiener Gemeindebau auf. Chekhs Vater kommt aus Palästina, ihre Mutter aus Ägypten, Nada und ihre Geschwister sind in Österreich geboren.

Die Erziehung und die Traditionen zuhause sind religiös geprägt. Die Autorin hadert mit den moralischen Vorstellungen ihrer Eltern, den kritischen Blicken „ihrer Community“, aber auch der Mehrheitsgesellschaft, die sie ebenfalls nicht so nehmen will, wie sie ist: eine junge Frau, die ausbrechen und wissbegierig die Welt erkun-

den will.

Nada Chekh erzählt offen und direkt: über schöne Kindheitserinnerungen, falsche Freundinnen, ihre Selbstverletzungen und das Kennenlernen ihres Mannes. „Das Schreiben an dem Buch hat viele Knoten gelöst“, erzählt Chekh in einem Beitrag im biber-Magazin. Mit ihren Eltern habe sie sich mittlerweile versöhnt.

Sie hofft, für manche ein Vorbild sein zu können. „Man kann das blöd finden oder nicht, aber wenn du jemanden siehst, der eine ähnliche Geschichte hat wie du, dir auch noch ähnlich schaut, dann kannst du dich viel

besser damit identifizieren. Ich bin mit amerikanischen High-School-Filmen und Büchern aufgewachsen, die niemals meine Lebensrealität widergespiegelt haben“, sagt Chekh im biber-Interview. Ihr hätten in ihrer Jugend solche Geschichten gefehlt. Daher hoffe sie, dass andere sich nun in ihrer Geschichte wiederfinden können. (red)

Nada Chekh

Eine Blume ohne Wurzeln. Wie ich Selbstbestimmung zwischen Doppelleben und Doppelmoral fand.

Haymon Verlag 2023
224 Seiten, 17,90 Euro

BUCH



Klischeeabbau

Informativ, bissig, unterhaltsam – Dipo Faloyin zerlegt in seinem Buch „Afrika ist kein Land“ die vielen falschen Vorstellungen, die über den Kontinent mit seinen 54 Ländern, mehr als 1,4 Milliarden Menschen und über 2000 Sprachen existieren.

„Armut oder Safari, und nichts dazwischen“ – so beschreibt Faloyin die Ignoranz der meisten, wenn es um Afrika geht. Er zeichnet ein beeindruckendes Bild der Vielfalt der afrikanischen Länder – Stichwort Nol-

lywood oder die soziale Bewegung #ShutItDown gegen sexualisierte Gewalt in Namibia – und erklärt Hintergründe. Etwa, wie die europäische Kolonialpolitik zu Konflikten geführt hat, die bis heute bestehen. Welch herablassendes Bild das populäre Weihnachtslied „Do they know it's Christmas?“ von Band Aid schuf. Oder wie westliche Promis Hilfskampagnen für Afrika organisieren, um damit auch ihre eigene Medienpräsenz zu befördern. In einem Land, in dem Minister:innen, wie im Vorjahr die damalige ÖVP-Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, – „Was für ein schönes Land!“ – den großen Kontinent immer noch so bezeichnen, sei dieses Buch als Pflichtlektüre empfohlen.

Dipo Faloyin

Afrika ist kein Land

Aus dem Englischen von Jessica Agoku

Suhrkamp Verlag 2023

398 Seiten, 21,50 Euro

BUCH



Antirassismus das ganze Jahr

Was kann ich gegen Rassismus tun? Wie kann ich mein eigenes Denken und Handeln sensibilisieren? Antirassismusexpertin Tupoka Ogette veröffentlichte 2022 ihr Buch „Und jetzt du. Rassismuskritisch leben“. Nun legte sie dazu ein Journal nach. Dieses regt an, jede Woche

(schreibend) zu konkreten Fragen zu reflektieren: Etwa mit welchen Autor:innen das eigene Bücherregal bestückt ist, welche weißen Privilegien man selbst nutzt oder welche Schwarzen Wissenschaftler:innen einem einfallen. Dazu kommen Tipps zu Büchern, Filmen und Serien sowie Infos zu Schwarzen Persönlichkeiten, wie der Liedermacherin und Holocaustüberlebenden Fasia Jansen oder der Opernsängerin Vera Little. Illustrationen von Patricia Vester runden das Journal ab. (red)

Tupoka Ogette

Tag für Tag aktiv gegen Rassismus.

Dein Journal

Penguin Verlag 2023

208 Seiten, 18,50 Euro

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteurin; mö),
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-
Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustrati-
onen), Eva Vasari (Illustrationen)

AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eser Akbaba, Daniela Brodesser,
Florian Gucher, Menerva Hammad, Sarah Kleiner, Naz
Küçüktekin, Christof Mackinger, Milena Österreicher,
Alexander Pollak, Sophia Reiterer, Martin Schenk, Phi-
lipp Sonderegger, Aleksandra Tulej, Vina Yun

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritsch

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Ute Meißnitzer, ute.meissnitzer@sosmitmensch.at Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Maiko Sakurai, abo@momagazin.at Telefon: +43 1 524 99 00-23

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und Chancengleich-
heit.
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAAWXXX
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung
von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den Urheber:innen.
Falls kein:e Urheber:in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

ANDERE ÜBER...

Wie lange ist man Gast in einem Land?

Eser Akbabas Eltern wurden vor 50 Jahren als „Gastarbeiter“ nach Österreich eingeladen. Politiker greifen die Gastarbeiter-Idee immer wieder neu auf. Bis heute wird aber den „alten“ Gastarbeitern ihr „neues“ Zuhause verwehrt.

KOMMENTAR: ESER AKBABA



Illustration: Petja Dimitrova

Meine Eltern, Gülistan und Ali Akbaba, sind vor genau 50 Jahren aus der Türkei nach Österreich gekommen. Sie wurden im Zuge des „Raab-Olah-Abkommens“ als sogenannte Gastarbeiter nach Österreich eingeladen. Damals wie heute brauchte man sie. Im Unterschied zu heute hatten meine Eltern damals keine Ahnung, was sie hier in Österreich erwartet. Heute gibt es das Internet, man kann sich erkundigen, was das Land bietet, wie die Kultur ist und welche Rechte und Pflichten man als Zuwanderer:innen hat.

Meine Eltern hatten nur die Einladung der österreichischen Regierung in der Tasche und ein bisschen Geld – that’s it. Angekommen in Österreich war meine Mutter sehr enttäuscht, da es in Sankt Pölten damals relativ karg war – ein paar Bauten und das war’s. Zu meinem Vater sagte sie schließlich: „Und das ist dein Europa?“ Als Analphabetin hatte es meine Mutter besonders schwer. Keine Chance, die deutsche Sprache zu erlernen, weil es keine Deutschkurse gab. Heute ist das zumindest anders.

Das Ziel der „Gastarbeiter“ damals war, nach einiger Zeit wieder in die Heimat zurückzukehren. Doch das Rotationsprinzip scheiterte und die meisten „Gastarbeiter“ sind geblieben. Österreich wurde nach und nach ihre Heimat. Diese „neue“ Heimat wird ihnen aber seit jeher verwehrt. Sie kamen als billige Arbeitskräfte, mussten sehr hart schuften, um hier ein Leben für sich und ihre Kinder aufzubauen. Und das, um sich auch nach 50 Jahren (!) anhören zu müssen, dass sie eigentlich nie wirklich herzlich willkommen waren und bis heute nicht sind.

„Wenn wir den Bedarf nicht anders decken können, ist es logisch, dass wir zeitlich begrenzt nach unseren Bedürfnissen und nach unseren Vorgaben Leute ins Land lassen“, griff FPÖ-Chef Herbert Kickl im ORF-„Sommergespräch“ im August 2023 die „Gastarbeiter“-Idee wieder auf. Meine Frage ist: Was sind denn „unsere Vorgaben“ und was versteht Kickl unter zeitlich begrenzt? Aus der Geschichte wissen wir, dass es damals nicht funktioniert hat. Wo sind nun die Konzepte? Den Arbeitskräftemangel, den wir jetzt

haben, werden wir so schnell nicht ausgleichen können, denn die Letzten der Babyboomer-Generation gehen ab nächstem Jahr in Pension und wir haben jetzt schon Engpässe, zum Beispiel in den Schulen, in der Pflege etc. Deshalb kann der Vorschlag von FPÖ-Chef Herbert Kickl, Gastarbeiter als „maximale Übergangssituation“ zu sehen, nicht wirklich umsetzbar sein.

Es braucht viel mehr, damit wir diese Menschen, die wir ja so dringend brauchen, nicht nach 50 Jahren noch als „Gastarbeiter“ betiteln. Denn wie sagt es mein Vater so schön: „Wie lange ist man denn Gast in einem Land?“

Eser Akbaba ist Fernsehmoderatorin, Autorin, Podcasterin („Deutsche Sprache, schwere Sprache“), Keynotespeakerin und DaF/DaZ-Trainerin. Ihre Laufbahn als ORF-Wettermoderatorin begann sie im Oktober 2009. Mehr zur Geschichte ihrer Eltern gibt es im Buch „Sie sprechen ja Deutsch“ von Eser Akbaba und Jürgen Pettinger (Kremayr & Scheriau, 2020) zu lesen. Sie lebt und arbeitet in Wien.

**Jetzt
Petition
unter-
schreiben!**

Ukraine-Geflüchtete nicht im Stich lassen!

**Wir fordern die Gleichstellung der Rechte von
Ukraine-Geflüchteten mit den Rechten von
Asylberechtigten.**

**Machen wir gemeinsam Druck auf die Politik!
Unterzeichnen Sie bitte JETZT unsere Petition!**

[zukunft-ukrainerinnen.at](https://www.zukunft-ukrainerinnen.at)



www.sosmitmensch.at



SOS

Mitmensch



Am
28.11.
ist

#GIVINGTUESDAY

Bitte unterstützt uns!

UNRECHT

braucht Widerstand!

SOS
30 Jahre
Mitmensch

www.sosmitmensch.at

SPENDENKONTO: AT12 2011 1310 0220 4383